E+Z

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
E+Z
DEVELOPMENT AND COOPERATION
D+C
Internationale Zeitschrift
ISSN 2366-7249
DIGITALE MONATSAUSGABE
2023 04

ARBEITSWELT
Intiative in Uganda bringt junge Frauen in Männerberufe

WTO UND IWF
Indonesischer Ökonom seziert Schwächen multilateraler Institutionen

ÖLPREIS
Trotz fortdauerndem Ukrainekrieg ist Energie wieder billiger geworden

Digitaler Wandel

INHALT

www.DandC.eu
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
Inhaltsgleich: D+C Development and Cooperation

Editorial

3 **HANS DEMBOWSKI**
Digitalisierung erfordert sowohl privatwirtschaftliche Dynamik als auch staatliches Handeln

Magazin

4 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Innovative Berufsausbildung für junge Frauen in Uganda

6 **BIRTE MENSING**
Wenn Medienberichterstattung von NGOs abhängt, kann Afrika in schlechtem Licht dastehen

7 **INTERVIEW MIT IWAN J. AZIS**
Indonesischer Ökonom erläutert, was sich bei WTO und IWF ändern muss

10 **AUDREY SIMANGO / IMPRESSUM**
Heutzutage: Inklusive Mahlzeiten in Simbabwe

Debatte

12 **ZOHRA COSIMA BENAMAR**
Weshalb der Ölpreis wieder auf das Niveau von vor dem Ukraine-Krieg gefallen ist

13 **FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**
Wirtschaftswachstum allein reicht nicht, um Afrika voranzubringen

14 **HANS DEMBOWSKI**
Bidens vielversprechender Kandidat für die Weltbankspitze

15 **PRINCE THOMPSON**
Die nigerianische Präsidentschaftswahl hatte Mängel, aber für die ECOWAS ist das Ergebnis zufriedenstellend

16 **JÜDISCHE STIMMEN**
Kommentare aus britischen und amerikanischen Zeitungen zur Krise in Israel

Schwerpunkt: Digitaler Wandel

19 **MARVA KHAN**
Pakistans vernachlässigter Bildungssektor

21 **JAYLAN ELSHAZLY**
Wie Afrikanerinnen von E-Commerce profitieren können

23 **TIAN XIA UND NATHALIE SPATH**
Digitale Lösungen für die Klimakrise

25 **ADAZE OKEAYA-INNEH**
Der Einsatz von Hightech hat Nigerias Präsidentschaftswahl weder transparent noch glaubwürdig gemacht

27 **CHARLES MARTIN-SHIELDS**
E-Government kann Verwaltungsabläufe verbessern

29 **MELANIE ASSAUER, ERIC KIRUHURA UND CHRIS JANSEN**
Digitale Plattformen erleichtern Nothilfe im Katastrophenfall

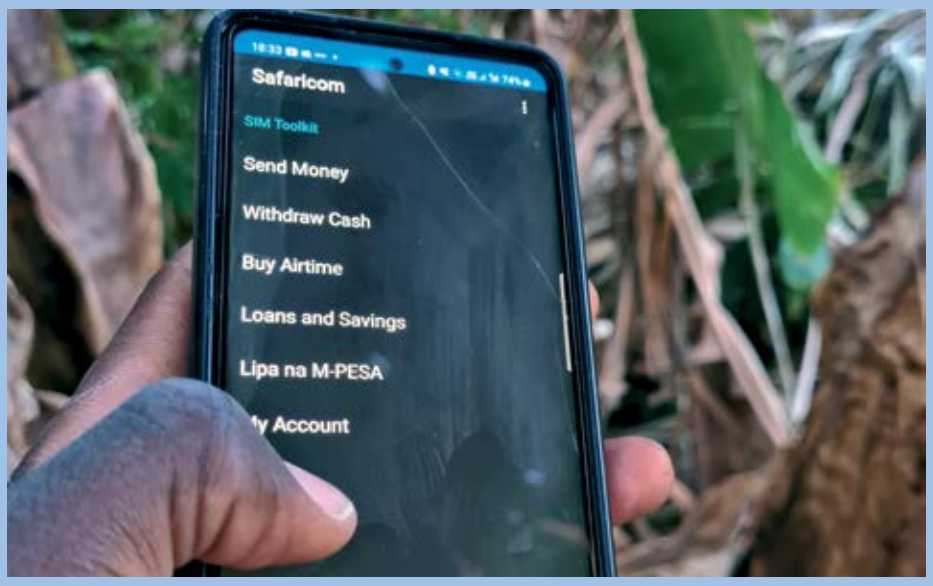
31 **ROLI MAHAJAN**
Die Freiheit im Internet nimmt weltweit ab

32 **HANS DEMBOWSKI**
Chatbots denken nicht innovativ

SCHWERPUNKT

Digitaler Wandel

Selbst in Ländern mit niedrigen Einkommen haben digitale Geräte im täglichen Leben Einzug gehalten. Der technische Fortschritt bietet große Chancen, und er schreitet schneller voran als viele andere Bereiche der Entwicklungspolitik. Natürlich gibt es auch Schattenseiten. Ein besorgniserregender Trend ist, dass die Freiheit im Internet immer kleiner wird. Welche Auswirkungen künstliche Intelligenz haben wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls gibt es gute Gründe, ihr nicht blind zu vertrauen.



Titelseite: Digitales Bezahlsystem auf Smartphone in Kenia.
Foto: KO

Unser Schwerpunkt zum Thema Digitalisierung beginnt auf Seite 18. Er hat direkten Bezug zum 9. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Industrie, Innovation und Infrastruktur.

Privatwirtschaft plus Staat

Selbst in den am wenigsten entwickelten Ländern hat sich digitale Technik in den vergangenen zwei Jahrzehnten schnell etabliert. Dafür haben Privatunternehmen gesorgt. Handys sind relativ billig, und ihr Betrieb erfordert weder ein aufwendiges Festnetz noch komplexe Stromversorgung. Solare Ladegeräte reichen.

Der digitale Fortschritt verläuft schneller als in vielen anderen Sektoren, für die sich die Entwicklungspolitik interessiert. In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen haben viele Städte heute Technologieparks, in denen Start-ups nützliche Apps entwickeln, die das Alltagsleben erleichtern.

Dass Privatunternehmen Mobilfunk und mobilen Zahlungsverkehr in Afrika möglich machten, ist weithin bekannt. Weniger bekannt ist, dass staatliche Geberinstitutionen auch eine Rolle spielten. Die DEG, die zur KfW-Bankengruppe gehört und Privatinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördert, war eine frühe Anteilseignerin von Celtel. Mo Ibrahim hatte die Firma gegründet, um afrikanische Mobilfunknetze aufzubauen.

Später unterstützte dann das britische Entwicklungsministerium (DfID – Department for International Development) die Entwicklung von M-Pesa, dem digitalen Geldtransfersystem in Kenia. Leider wurde DfID im Zuge des Brexit ins Außenministerium eingegliedert und dient nicht mehr als kreativer Impulsgeber der internationalen Entwicklungspolitik.

Damit ein Land digitale Technik optimal nutzen kann, muss seine Regierung Verantwortung übernehmen. Formale Bildung wird immer wichtiger. Zwar gibt es Apps für Analphabeten, aber wer lesen kann, hat Zugang zu viel mehr Information. Internationale Debatten laufen zudem auf Englisch, Französisch und Spanisch, nicht in afrikanischen oder asiatischen Regionalsprachen.

Anfänglich wuchs die Digitalwirtschaft weitgehend ohne Regulierungen. Bis in die 1990er-Jahre waren Silicon-Valley-Konzerne dafür bekannt, kaum Lobbyarbeit in Washington zu betreiben. Heute gehören sie zu den Lobbyriesen. Der Wendepunkt war das Kartellverfahren gegen Microsoft.

Wie schon mehrfach zuvor in der Wirtschaftsgeschichte war deutlich geworden, dass monopolistische Strukturen entstehen, wenn Marktkräfte sich selbst überlassen bleiben. Folglich bemühen sich IT-Konzerne heute, politische Debatten in ihrem Sinne zu steuern. Tatsächlich brauchen wir bessere internationale Regeln. Die sozialen Medien, die für die öffentliche Meinungsbildung wichtiger werden, gehören gewinnmaximierenden Unternehmen, die nach Gutdünken agieren. Sie entscheiden, wie sie mit Lügen und Propaganda umgehen, und es steht ihnen auch frei, ihre Regeln nicht konsistent einzuhalten.

Die Unternehmen werden ihrer Verantwortung oft nicht gerecht. Hassrhetorik und antidemokratische Agitation sind weit verbreitet. Zudem bleiben in afrikanischen und asiatischen Sprachen Inhalte meist völlig unmoderiert.

Die Menschenrechtsorganisation Freedom House warnt, dass immer mehr Regierungen Grundrechte im Netz beschränken. Diese Rechte gilt es also in internationalen und multilateralen Kontexten zu verteidigen.

Die Menschheit steht vor riesigen Herausforderungen, etwa der Klimakrise. Digitale Technik kann zu den Lösungen beitragen. Wenn sie dem Gemeinwohl dienen soll, darf sie aber nicht einfach dem Markt überlassen bleiben. Staatshandeln darf Fortschritt nicht unterbinden – muss aber oligopolistische Macht verhindern. Für künstliche Intelligenz gilt das besonders.

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Foto: picture-alliance/REUTERS/Temilade Adelaja

Adaze Okeaya-inneh ist Journalistin und Drehbuchautorin aus Lagos. Momentan arbeitet sie in Abuja. Sie ist Absolventin der Universität Ibadan, wo sie Kommunikations- und Sprachwissenschaften studiert hat. In dieser Ausgabe berichtet sie von den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Nigeria, die durch den Einsatz von Hightech weder transparent noch vertrauenswürdig wurden (Seite 25). Es ist ihr erster Beitrag für E+Z/D+C, und wir sind stolz auf eine weitere starke weibliche Stimme aus Afrika.

Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.

Teilnehmerinnen des Ausbildungsprogramms „Girls With Tools“.

ARBEITSLEBEN

Berufsausbildung für junge Frauen

In Uganda stehen einer guten Ausbildung für Mädchen viele Hindernisse im Weg. Ein Sozialunternehmen hat das Ziel, den Zugang zu beruflicher Bildung zu erleichtern.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Wenn es um Bildung geht, werden Frauen und Mädchen in vielen Teilen der Welt diskriminiert. So auch in Uganda, obwohl die Regierung versucht, allen eine gute Bildung zu ermöglichen (siehe Kasten). Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen engagieren sich in diesem Bereich.

Das Sozialunternehmen Smart Girls Foundation in Ugandas Hauptstadt Kampala hat ein Programm für die Berufsausbildung junger Frauen entwickelt, um ihnen eine sinnvolle Arbeit zu ermöglichen. „Unser Programm ‚Girls With Tools‘ (‚Mädchen mit Werkzeugen‘) ist einzigartig, weil es Frauen in Berufen ausbildet, die als Männerberufe gelten“, sagt Jamila Mayanja, Gründerin und Leiterin der Smart Girls Foundation.

Zu den wichtigsten Bereichen gehören Maschinenschweißen, Kfz-Mechanik, Elektroinstallation, Schreinerei, Bauwesen und Malerarbeiten. Hinzu kommen Kurse in traditionellen Kunst- und Handwerkstechniken wie Schneidern und Korbflechten. „Neben den technischen Kursen gibt es für die Mädchen auch Workshops zu Unternehmertum, Alltagskompetenzen, Geschlechterfragen und Finanzwesen. Wir arbeiten auch mit örtlichen Betrieben und Werkstätten zusammen, um den Mädchen Jobmöglichkeiten zu bieten und sie zu ermutigen, nach Kursabschluss ihre eigenen Unternehmen zu gründen“, sagt Jamila Mayanja.

Das Programm umfasst Jahrgänge von 100 bis 200 jungen Frauen. Das Curriculum dauert sechs Monate bis ein Jahr, danach erhalten die Mädchen Hilfe dabei, einen Praktikumsplatz zu finden. Viele machen so ihre ersten Berufserfahrungen.

Familien, die es können, zahlen Gebühren für das Programm; die übrigen Mädchen erhalten Stipendien. 2019 unterstützte ein lokales Telekommunikationsunternehmen, MTN Uganda, Girls With Tools finanziell, um die Aufnahme weiterer Mädchen zu ermöglichen. Dank der MTN Foundation konnte eine neue Ausbildungsstätte für jährlich 400 Mädchen eingerichtet werden, mit Waschbereich, Klassenzimmer und Computerraum. Die Stiftung hofft, dass diese Investition jährlich 40 neue frauengeführte Unternehmen hervorbringt.

Die 32-jährige Nakijjoba Sharifah lernt Maschinenbau und Mechanik. „Ich fand Ingenieurwesen immer toll, dank Girls With Tools kann ich diesen Traum verfolgen“, sagt sie. „Die meisten halten das für einen Männerberuf, aber die neue Generation sieht das anders.“

Sharifah sagt, sie wolle der Gesellschaft mit ihrer Arbeit als Ingenieurin zeigen, dass Frauen mehr können als Hausarbeit. „Mit meiner Erfahrung kann ich jetzt das, was jeder Mann kann. Ich liebe meine Arbeit, und ich denke, dass mein Leben bald besser sein wird“, sagt sie.

Die 21-jährige Khayinza Shalom macht einen Elektroinstallationskurs. Als sie sich dafür entschied, gab es viele negative Reaktionen von Familie und Freunden, weil sie einen „männlichen Beruf“ anstrebe. „Hier in der Stiftung auf andere Mädchen und Frauen mit diesen Berufen zu treffen, motivierte mich. Die negativen Stimmen musste ich ausblenden“, sagt sie.

Nach einem Jahr hat Khayinza Shalom mit Elektroinstallationen und -reparaturen in Haushalten bereits etwas Geld verdient. Sie hat sogar die Firma „Solar Girls Africa“ mitbegründet, die solarbetriebene Geräte entwickelt. Sie hofft, zur breiten Nutzung sauberer Energie in Uganda beizutragen und damit die CO_2-Emissionen des Landes zu verringern. Shalom ermutigt andere junge Frauen, Berufe zu wählen, die früher als Männerdomänen galten. Für sie ist das der einzige Weg, um genderspezifische Vorurteile in der Berufswelt zu ändern.

INTELLIGENTE SOLARRUCKSÄCKE

Die Smart Girls Foundation will auch die Gründe angehen, die Mädchen von der Schule fernhalten, etwa die Menstruation. Die Schneiderklasse stellt wiederverwendbare Damenbinden aus vor Ort verfügbaren Materialien für die Teilnehmerinnen her. Diese Binden sind billiger als die auf dem Markt erhältlichen synthetischen Einwegbinden.

Foto: jd

Im Rahmen des Programms wird auch ein Rucksack für die Damenbinden produziert. „Das ist hilfreich, wenn die Mädchen keine Waschgelegenheiten haben. So können sie ihre Hygieneartikel sicher aufbewahren“, sagt Jamila Mayanja. Der Rucksack habe sich aus einer Stofftasche zu einem umweltfreundlichen Artikel aus recyceltem Kunststoff entwickelt, ergänzt sie. Das neue Material halte dem tropischen Klima Ugandas besser stand, vor allem an Regentagen.

Die meisten Mädchen, die den Rucksack benutzen, kommen aus armen Verhältnissen und haben nur begrenzt Zugang zu Strom. Daher ist der Rucksack mit einer wiederaufladbaren Solarlampe ausgestattet. Die Mädchen können sie tagsüber aufladen und damit abends den Heimweg beleuchten oder sie zum Lernen nutzen.

Rucksack, Damenbinden und weitere Artikel, wie elektrische Schreibtischlampen, werden in den Büros der Stiftung verkauft. Mit dem Erlös wird die Arbeit der Stiftung unterstützt.

Einige Absolventinnen haben bereits Jobs gefunden. Nabatanzi Flavia, 24 Jahre alt, hat im Rahmen des Programms als Praktikantin in der Elektrotechnik gearbeitet. Jetzt hat sie eine Vollzeitstelle bei einem globalen Maschinenbauunternehmen, Mantrac Limited, das Generatoren liefert und wartet. Sie sagt, sie verdanke ihre Anstellung der Smart Girls Foundation, die ihr geholfen habe, Fähigkeiten zu entwickeln, die auf dem Arbeitsmarkt nützen.

RONALD SSEGUJJA SSEKANDI
lebt in Uganda und ist Redakteur der E+Z/ D+C-Kolumne „Heutzutage“.
sekandiron@gmail.com

Bildungshindernisse für Mädchen

In den vergangenen 20 Jahren hat Uganda viel dafür getan, Bildung allgemein zugänglich zu machen. Das Land betreibt eine Initiative für kostenlose Grund- und Sekundarschulen, die auch zusätzliche allgemeine Bildungskosten senken soll – leider nicht sehr erfolgreich. Bildung bleibt weiterhin oft ein Privileg für jene, die sie sich leisten können.

Mädchen sind meist besonders benachteiligt. Viele der diversen traditionellen Kulturen in Uganda sahen Mädchen lediglich als künftige Bräute und reduzierten sie auf Hausarbeit. Seit Jahren bemüht man sich zwar, Genderdiskriminierung zu beseitigen, aber es geht nur langsam voran. Ein Problem ist, dass Hygieneartikel wie Damenbinden nicht erhältlich sind. Dies hindert besonders Mädchen aus armen Familien am regelmäßigen Schulbesuch.

Auch frühe Schwangerschaft spielt eine Rolle. Laut ugandischem Gesundheitsministerium wird etwa ein Viertel der jungen Frauen vor dem 20. Geburtstag schwanger. Covid-19 hat die Lage verschlimmert. Eine Studie des Forums für afrikanische Erziehungswissenschaftlerinnen (FAWE), einer zivilgesellschaftlichen Organisation, ergab: Während des ersten Lockdowns in Uganda zwischen März und Juni 2020 nahmen Schwangerschaften bei Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren um mehr als 25 Prozent zu; bei 10- bis 14-jährigen haben sie sich sogar mehr als verdreifacht.

Armut ist eine Hauptursache für den ungleichen Zugang von Mädchen zu Bildung. Zwar ist Grund- und Sekundarschulbildung grundsätzlich kostenlos, doch finden viele unterfinanzierte öffentliche Schulen Wege, zusätzliche Gebühren zu erheben, etwa für Mahlzeiten oder besondere Schulveranstaltungen. Zudem müssen Schüler*innen Kosten für Materialien wie Bücher und Stifte sowie für Schuluniformen tragen.

Arme Familien bevorzugen traditionell Jungen, wenn es um Bildung geht. Mädchen sollen die Hausarbeit erledigen und sich auf die Ehe vorbereiten. Die Finanzierungsplattform Global Partnership for Education (Globale Partnerschaft für Bildung) berichtet, dass traditionell vor allem auf dem Land Mädchen gegen eine Geldzahlung an ihre Familie verheiratet werden können. Dieser „Brautpreis“ ist für Familien ein Anreiz, Frauen und Mädchen auf marktfähige Ware zu reduzieren.

Schülerinnen in Ugandas Hauptstadt Kampala.

Neben dem etablierten formalen Bildungssystem gibt es die Möglichkeit, über eine Berufsausbildung praktische Fähigkeiten zu erwerben (siehe Haupttext) – meist in einem bestimmten Beruf. In Uganda wurde 2019 eine Strategie für technische und berufliche Bildung und Ausbildung (TVET) entwickelt. Die ugandische Bevölkerung soll berufliche Kompetenzen erlangen und so auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden, um die Qualifikationsprobleme des Landes zu lösen.

Mit der Betonung beruflicher Bildung will man erreichen, dass mehr Jobs geschaffen als gesucht werden. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) sind 19,8 Prozent der jungen Menschen in Uganda weder beschäftigt noch in Ausbildung. RSS

LINK
Forschungsergebnisse des Forums für afrikanische Erziehungswissenschaftlerinnen (FAWE), Uganda Chapter, 2021:
https://faweuganda.org/wp-content/uploads/2022/02/COVID-19-Impact-Study-on-Girls-and-Women-Report-2020.pdf

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Nicholas Kajoba

AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG

Schwierige Dependenzen

Die Arbeit von Journalist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen (non-governmental organisations – NGOs) ist zunehmend verwoben. Das beeinflusst beispielsweise das Bild afrikanischer Länder im Ausland.

Von Birte Mensing

In Krisenregionen und in einkommensschwachen Ländern mit einer generell volatilen Sicherheitslage gibt es zwei Berufsgruppen, die in jedem Fall präsent sind: NGO-Mitarbeitende und Journalist*innen. Die einen leisten Hilfe auf verschiedenen Ebenen, die anderen berichten über die Situation im jeweiligen Land. Diese gemeinsame Präsenz schafft eine Reihe schwieriger Abhängigkeiten.

„Medien und NGOs sind nicht voneinander zu trennen“, sagt auch Jeremiah Kipainoi. Der Kenianer hat als Journalist unter anderem für die britische BBC gearbeitet. Seit drei Jahren ist er Kommunikationschef der britischen „Global Media Campaign to End FGM“, einer weltweiten Kampagne für das Ende der weiblichen Genitalverstümmelung. Er führt aus: „Medien nutzen zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre lokale Präsenz als Zugangspunkt zu Geschichten, und NGOs brauchen Berichterstattung vor Ort, um zum Beispiel Sponsoren zu zeigen, dass ihre Spenden sinnvoll verwendet werden.“

Gleichzeitig erzeugen Medien Aufmerksamkeit für die Arbeit der Organisationen und können dabei auch politische Entscheidungsträger*innen erreichen. Kipainoi erzählt, dass Berichterstattung über die Beschneidung von Mädchen mittlerweile oft dazu führt, dass Verantwortliche gesucht und verhaftet werden. Zusätzlich, so Kipainoi, verschaffe die Präsenz in den Medien NGOs Glaubwürdigkeit, was sich wiederum positiv auf die Bereitschaft auswirkt, die Arbeit einer bestimmten Organisation finanziell zu fördern.

Die wechselseitigen Abhängigkeiten und Einflüsse haben Folgen für das Bild von Afrika, das dem Rest der Welt vermittelt wird. Mel Bunce, Leiterin der journalistischen Fakultät an der Londoner City University und Co-Autorin des Buches „Humanitarian Journalists“, sagt: „Der mediale Fokus auf Krise und Leid hat das Verständnis, dass Menschen in afrikanischen Ländern selbst auch handlungsfähig sind, quasi ausgelöscht.“

„Humanitarian Journalists“ seien laut Bunce dabei von denselben Motiven getrieben wie viele NGO-Mitarbeitende: „Sie wollen am Ende die Welt besser machen.“ Diese journalistische Motivation wird dann problematisch, wenn Berichterstattende NGO-Arbeit nicht mehr hinterfragen. Oft verdanken Journalist*innen bestimmten Organisationen auch viel: Zugang zu Personen, Geschichten – und Aufträgen.

FEHLENDE MITTEL

Gleichzeitig sind NGOs für viele Redaktionen oft die wichtigste Informationsquelle zu Krisen und Konflikten, in denen die Organisationen Hilfe leisten: Eine ganze Reihe von Medien haben aufgrund von Budgetkürzungen mittlerweile keine oder nur wenige Korrespondentenposten. Das verstärkt die Abhängigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Bunce beobachtet in diesem Zusammenhang etwa, dass immer mehr Fotograf*innen, die in Krisengebiete reisen, von NGOs und nicht mehr von Medien bezahlt werden. „Die Bilder werden dann unter Anleitung der Organisationen produziert, die so bestimmen, was gezeigt wird“, sagt die Professorin.

Auch Gelder von Stiftungen werden immer wichtiger. Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zum Beispiel gibt jährlich Millionen aus, um Journalismus zu finanzieren. „Stiftungen investieren meist in die Berichterstattung zu breitgefassten Themenfeldern, weniger in ganz konkrete Inhalte“, sagt Bunce.

Zusammen mit der Frage nach der Finanzierung von Auslandsberichterstattung stellt sich eine weitere: Welche Auswirkungen haben solche Abhängigkeiten auf die Perspektive, die in Berichten eingenommen wird? Die Sprecher*innen von NGOs in afrikanischen Ländern sind oft Menschen aus Europa oder Amerika. Führt die enge Zusammenarbeit von Organisationen und Journalist*innen vor Ort dazu, dass nur sie zu Wort kommen, wird die Realität der einheimischen Bevölkerung zu einem erheblichen Teil ausgeblendet. So steigt der Eindruck, dass diese nicht für sich selbst sprechen kann und dass Menschen in Afrika Hilfe brauchen und selbst nichts zu Lösungen beitragen.

LINK

Scott, M., Wright, K., & Bunce, M., 2022: Humanitarian Journalists: Covering Crises from a Boundary Zone. London, Routledge.
https://doi.org/10.4324/9781003356806

BIRTE MENSING
arbeitet als freiberufliche Journalistin in Nairobi.

birte.mensing@web.de

Projektbesuch bei der Welthungerhilfe im kenianischen Kitui County im Rahmen einer journalistischen Recherche.

Foto: Birte Mensing; Dennis Mavingo

Auf Pressereise ins Krisengebiet

Martina Dase arbeitet für die internationale Kinderrechtsorganisation Save The Children. Gemeinsam mit ihren Kolleg*innen in den jeweiligen Ländern organisiert sie regelmäßig Pressereisen in Krisengebiete, um Aufmerksamkeit für die Situation der Kinder dort zu schaffen.

In Somalia zum Beispiel herrscht aktuell eine Hungersnot. Wer in das ostafrikanische Land reisen will, um darüber zu berichten, steht vor einem immensen Organisationsaufwand und finanziellen Verpflichtungen. Die Sicherheitsvorkehrungen sind kompliziert, gepanzerte Wagen und bewaffnete Sicherheitsleute gehören zur Grundausstattung. Die Terrormiliz Al-Shabaab hat viele Gebiete unter ihrer Kontrolle und verübt insbesondere in der Hauptstadt Mogadischu regelmäßig Anschläge mit dutzenden Toten.

Damit trotzdem berichtet werden kann, nimmt Dase mit ihren Mitarbeitenden in Somalia den Medienhäusern die Organisationsarbeit ab, legt die Kosten aus und stellt sie später den Medien anteilig in Rechnung. Weil immer gleich mehrere Teams gemeinsam reisen, können sie sich diese Kosten teilen.

Auch in Ländern wie dem Südsudan ist es schwierig, überhaupt ein journalistisches Visum oder eine Drehgenehmigung zu bekommen. Da können Kontakte zu NGOs helfen, die wie Save The Children oft bereits seit Jahrzehnten in den jeweiligen Ländern arbeiten und quasi für die Berichterstattenden bürgen. Um aber die Organisationsarbeit vor Ort nicht zu gefährden, erklärt Martina Dase, müssen sich die Journalist*innen an bestimmte Abmachungen halten. Sie sind zum Beispiel aufgefordert, transparent zu machen, mit wem sie sonst noch im Land sprechen – und worüber. Die meisten berichten dann auch zumindest am Rand über die NGO, mit der sie reisen; nicht zuletzt als Dank für den geleisteten Organisationsaufwand.

Straßenszene in Mogadischu nach einem militanten Angriff Ende Februar. Ohne Sicherheitsvorkehrungen können sich Medien in Somalia nicht bewegen.

Save The Children hat laut Dase selbst den Anspruch, nicht einfach immer wieder die gleichen Kinderbilder zu zeigen, sondern Zugang zu komplexeren Geschichten zu ermöglichen.

Aber: „Auch für uns ist der Bewegungsradius in Krisenregionen eingeschränkt“, sagt die ehemalige Filmemacherin. „Es ist ein bestimmter Ausschnitt der Wirklichkeit, zu dem wir Zugang haben und den wir zeigen können.“ BM

Foto: picture-alliance/REUTERS/Feisal Omar

GLOBAL GOVERNANCE

„Aus Erfahrung nicht wirklich gelernt“

Laut Iwan J. Azis, einem indonesischen Wirtschaftswissenschaftler, siecht die WTO langsam dahin, und der IWF agiert dogmatischer, als seine Rhetorik nahe legt. Der Professor von der amerikanischen Cornell University erläutert seine Sicht im E+Z/D+C-Interview.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Vor vier Jahren sagten Sie mir, die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) sei in einem schlechten Zustand (siehe D+C/E+Z Digitale Monatsausgabe 2019/03, S. 18). Sie begründeten das unter anderem mit dem von US-Präsident Donald Trump damals angezettelten Handelskrieg mit China. Obendrein blockierte das Weiße Haus die Ernennung neuer Schiedsrichter für die Streitschlichtungsgremien der WTO. Hat sich die Lage gebessert?

Nein, sie ist schlimmer geworden. Es gibt mehrere Anzeichen der Funktionsstörung. Weil die Streitschlichtungsgremien unterbesetzt und ineffektiv bleiben, wirkt die WTO zahnlos. Tatsächlich regeln China und die USA ihre Handelsbeziehungen bilateral und nicht mehr über die WTO. Zugleich gibt es einen Trend zum Abschluss sogenannter plurilateraler Handelsabkommen, an denen sich manche, aber nicht alle WTO-Mitglieder beteiligen.

Bitte nennen Sie Beispiele.

Stand Anfang März sind 53 Länder an dem Abkommen über Informationstechnologie (ITA – Information Technology Agreement) beteiligt, 23 akzeptieren das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA – Trade in Services Agreement), und 19 sind dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen beigetreten. 40 Länder verhandeln über ein Umweltgüterabkommen (EGA – Environmental Goods Agreement), das sich auf ökologisch wichtige Produkte wie Windturbinen, Solarpaneele und

„Der chinesische Staat spielt in vielen Bereichen weiterhin eine wichtige Rolle – inklusive Bildung und Infrastruktur“: Feier zum 100. Jubiläum der Tsinghua Universität 2021.

Ähnliches bezieht. Gemeinsame Regeln für den elektronischen Handel haben 17 Länder angenommen. In einigen Fällen sind die USA, die EU und China beteiligt. Sie sind an einem regelbasierten System interessiert, wollen aber nicht jede Regel akzeptieren und glauben auch nicht, dass sie mit einem inklusiven Ansatz, der alle WTO-Mitglieder einbezöge, viel erreichen können.

Die Handelslandschaft wird also zunehmend fragmentiert und komplex. Obendrein neigen USA und EU dazu, bilaterale Handelsabkommen mit einzelnen Ländern oder regionalen Wirtschaftsgemeinschaften abzuschließen.

Ja, und damit erweisen sie den am wenigsten entwickelten Ländern, deren Kapazitäten besonders gering sind, einen Bärendienst.

Sollten wir die WTO also für tot erklären? Ich denke, das will niemand. Schließlich kann sie sich ja doch noch mal als nützlich erweisen. Wer sie jetzt aufgibt, erscheint destruktiv.

Das stimmt, und deshalb beobachten wir das langsame Dahinsiechen der WTO.

Was können und sollten Regierungen tun, um das zu ändern?

Sie müssten vorläufig den Plurilateralismus akzeptieren, aber dafür sorgen, dass keine grundlegenden Regeln verletzt werden. Und sie müssen sich auf das globale Gemeinwohl besinnen. Im Sinne eines Weltabkommens, könnten sie sich mit geringeren und weniger ehrgeizigen Zielen zufriedengeben. Das wäre ein realistischer Ansatz, um breiten Konsens zu erreichen.

Zu den Problemen trägt bei, dass US-Präsident Joe Biden die aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft wiederentdeckt hat. Sein Inflation Reduction Act (IRA) subventioniert klimafreundliche Investitionen in den USA. Der EU behagt das nicht, weil die USA Investitionen zulasten der entsprechenden Branchen in Europa abwerben könnten. Vermutlich werden EU und USA sich auf eine für beide Seiten stimmige Politik einigen. Ich frage mich aber, ob sie die Schwellen- und Entwicklungsländer einbeziehen.

Das Weiße Haus will kein Abkommen, das chinesische Unternehmen in irgendeiner Weise fördern würde, welche die USA nicht kontrollieren könnten. Indirekt erkennt der IRA die Bedeutung der Industriepolitik an, welche die USA lange negierten. Grundsätzlich wird Umweltprotektionismus die WTO weiter schwächen. Die Erhebung von Klimazöllen würde die Wettbewerbsvorteile von Ländern mit niedrigen Einkommen begrenzen. Wir brauchen die Transformation zu sauberer Energie, aber sie muss auch den Schwächsten zugutekommen.

Die Weltwirtschaftsordnung, die nach dem Fall der Berliner Mauer entstand, basierte auf marktorthodoxen Ideen. Neben Biden haben aber inzwischen auch multilaterale Institutionen wie etwa der Internationale Währungsfonds (IWF) die Rolle des Staates wiederentdeckt. Was bedeutet das?

Bislang nur wenig, fürchte ich. Die Geschichte des IWF lässt sich in drei Perioden aufteilen, was übrigens auch für seine Schwesterinstitution, die Weltbank, gilt:

- Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis etwa in die 1980er-Jahre unterstützten beide Institutionen Staatshandeln und legten Wert auf internationale makroökonomische Stabilität mit festen Wechselkursen.
- Es folgte die Ära der Strukturanpassung, in der sie auf Marktdynamik setzten und darauf bestanden, dass verschuldete Regierungen ihre Haushalte ausgleichen und nationale Preisstabilität erreichen sollten. Die Sparpolitik führte oft zu erheblichen Härten, besonders wenn das Bildungs- und Gesundheitswesen darunter litten. Langfristig erwies sich das Konzept der Strukturanpassung als unhaltbar. Die vermeintlich „entfesselten“ Marktkräfte lösten nicht die Art von Wachstum aus, das allgemeinen Wohlstand ermöglicht hätte. Viele arme Länder konnten nicht einmal die Schulden zurückzahlen, die sie zur Umsetzung der Strukturanpassung aufgenommen hatten. Um die Jahrtausendwende war dann in vielen Fällen Schuldenerlass unumgänglich.
- Die dritte Periode begann mit der globalen Finanzkrise von 2008. Der IWF änderte seine Rhetorik, aber die Weltanschauung blieb im Kern dieselbe.

Bitte erläutern Sie das.

Nehmen Sie zum Beispiel die Forschung, die der IWF betreibt. Ich finde, die empirischen Daten sind oft recht interessant, aber die Schlussfolgerungen sind dann wieder auf Strukturanpassungsdenken ausgerichtet. Eine IWF-Studie konstatiert in der Regel, dass makroökonomische Stabilität es ermöglicht hat, die Armut zu verringern. Ob das ein robustes Ergebnis ist, bleibt offen, denn der umgekehrte Fall wird nie untersucht. Vielleicht beruht die makroökonomische Stabilität doch darauf, dass eskalierende Krisen, wachsende Armut und schwindende politische Stabilität die jeweilige Regierung nicht überfordert haben. Der IWF ist rhetorisch flexibler geworden, aber das Paradigma „der Markt weiß es besser“

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Ju Huanzong

„Eine Volkswirtschaft, die externe Schocks wie wiederkehrendes Extremwetter nicht verkraftet, ist nicht stabil“: Hochwasser in Pakistan 2022.

ist so tief verwurzelt, dass die Institution aus Erfahrung nicht wirklich gelernt hat.

Vor einiger Zeit kritisierten Malina Stutz und Kristina Rehbein von erlassjahr.de den IWF auf unserer Plattform und schrieben, seine Politik habe sich gegenüber einzelnen Ländern nicht geändert, obwohl er wegen Klimakrise und Covid-19-Pandemie öffentlich mehr Staatshandeln fordert. Stimmen Sie den beiden Frauen zu?
Die Richtung stimmt, aber ich weiß nicht, ob ich in jedem Detail mit Ihren Autorinnen übereinstimme. Ich möchte etwas ganz anderes ansprechen. China ist das Land, das Armut in den letzten 40 Jahren am erfolgreichsten bekämpft hat. Der Rückgang der weltweiten Armut ist vor allem der Volksrepublik zu verdanken. Sie befolgte den IWF-Rat aber nicht unbedingt, sondern liberalisierte Märkte auf experimentelle Weise. Der chinesische Staat spielte dabei in vielen Bereichen weiterhin eine wichtige Rolle – inklusive Bildung und Infrastruktur. Das Ergebnis waren über lange Zeit sehr hohe Wachstumsraten und Wohlstand auf beeindruckend breiter Basis. Dieser Erfolg hat jedoch keinen erkennbaren Einfluss auf die Denkweise des IWF.

Mein Eindruck ist, dass China unter Präsident Xi Jinping zunehmend totalitär wird. Ich weiß nicht, ob wir noch von einem Entwicklungsregime sprechen können.
Das weiß ich auch nicht. Vielleicht ist es heute kein Entwicklungsregime mehr. Aber macht das den materiellen Fortschritt, den Xis Vorgänger erreichten, irgendwie zunichte? Natürlich nicht. Multilaterale Institutionen sollten ihr Bestes tun, um Lehren aus Chinas Aufstieg zu ziehen.

Spielt es eine Rolle, dass die USA, die EU und Japan die wichtigen Anteilseigner des IWF sind?
Lassen Sie es mich so ausdrücken: Es überrascht mich nicht, dass diese Institution generell den Interessen der dominanten Anteilseigner dient. Ein Thema, bei dem dies überdeutlich wurde, war die lockere Geldpolitik des vergangenen Jahrzehnts. Der IWF hat diese Strategie, mit denen Länder mit hohem Einkommen in der Zeit nach 2008 die Krise bewältigten, nie infrage gestellt, obwohl sie weltweit Auswirkungen auf die Liquidität hatte. So etwas hätte er in einem Schwellen- oder Entwicklungsland nicht akzeptiert.

Aber er hat doch keinen wirklichen Einfluss auf Länder mit hohen Einkommen, sondern nur dann, wenn eine Regierung sein Geld braucht.
Ja, aber der IWF hat die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank auch im Kontext der Rettungspakete für Griechenland nicht infrage gestellt. Die lockere Geldpolitik hat jetzt harte Folgen. Sie hat zum Anstieg der Inflation in den letzten zwei Jahren beigetragen, Ungleichheit verschärft und Schuldenprobleme in vielen Ländern verschlimmert. Private Finanziers haben nämlich vielfach Kredite in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen vergeben, wo höhere Renditen winkten als in Ländern mit hohen Einkommen.

Der IWF warnt seit einiger Zeit, die Staatsschulden vieler Länder würden untragbar. Dort wo Umschuldungsverhandlungen begonnen haben, beharrt China gewöhnlich auf der Position, es werde nur dann auf Kredite verzichten, wenn die Weltbank dies auch tue, denn Weltbankkredite seien ja westliche Kredite. Das macht die Beteiligung privater Gläubiger schwieriger. Wäre es eine Lösung, auch Kredite der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) von den Schuldenerlassen auszunehmen? Sie ist eine von China dominierte multilaterale Institution, die der Weltbank durchaus ähnelt.
Das könnte sinnvoll sein, ich weiß aber wirklich nicht, was die westlichen Regierungen akzeptieren würden.

Die chinesische Führung besteht außerdem darauf, dass die Volksrepublik ein Entwicklungsland ist. Ihr Umgang mit Schuldenfragen schadet aber Entwicklungsländern.
China ist ein sehr ungewöhnliches Land. Ich finde, es passt in keine gebräuchliche Kategorie. Klar ist, dass der Regierung nationale Interessen sehr bewusst sind. Manchmal stimmen diese mit denen der am wenigsten entwickelten Länder überein – und manchmal auch nicht.

Wie kann der IWF offener werden?
Er muss vom Gruppendenken loskommen. Die Qualität seiner Forschung ist zwar recht gut, aber die Schlussfolgerungen sollten sorgfältiger abgeleitet werden und weniger doktrinär ausfallen. Sie sollten das Gruppendenken nicht weiter unterstützen. Selbstverständlich ist makroökonomische Stabilität wichtig, aber was heißt das genau? Es geht nicht nur um Finanzdaten. Wenn die Armut wächst, ist das System nicht stabil. Wenn eine Volkswirtschaft externe Schocks wie eine Pandemie oder wiederkehrendes Extremwetter nicht verkraftet, ist sie ebenfalls nicht stabil. Die Forschung des IWF muss diese Fragen bearbeiten, damit die Institution die notwendigen Lektionen lernt.

IWAN J. AZIS
ist Professor an der Cornell University in Ithaca, New York, und Gastprofessor an der University of Indonesia in Jakarta.
http://iwanazis.com/

Foto: picture-alliance/EPA/NADEEM KHAWAR

Gemeinsame Mahlzeiten vereinen Arm und Reich

In Simbabwe sind die Klassen ziemlich gespalten. Es gibt aber einen klassenübergreifenden Brauch, „Mahwauro“, bei dem gemeinsame Mahlzeiten auf frischen Bananenblättern serviert werden.

Diese alte Tradition verbinden viele mit der Erinnerungen an eine gleichberechtigte Gesellschaft. Beim Volk der Ndau sind bei Gemeinschaftsveranstaltungen – sei es eine Hochzeit, eine Beerdigung oder eine andere große Versammlung – oft eine Vielzahl von Gästen eingeladen. Diese vielen Menschen können nicht auf Tellern bewirtet werden, daher werden Mahlzeiten wie Rinderkutteln, Suppe, Mais oder Gemüse auf „Mahwauro“ serviert – frischen Bananenblättern.

Die Ndau leben in Chimanimani im Osten Simbabwes und sprechen die gemeinsame Sprache Shona. „Jeder – ob reich oder arm – isst bei öffentlichen Anlässen auf Bananenblättern, um ein Teil der Gemeinschaft zu sein und sich eine gerechte Gesellschaft vorzustellen“, sagt John Muchadziya, ein bekannter Chief im Dorf Rusitu. „Es ist eine Tradition, die, glaube ich, über 50 Jahre alt ist. Vieles davon hat mit der Tatsache zu tun, dass hier in Chimanimani Bananen und andere Früchte in Hülle und Fülle wachsen.“

In der Region an der Grenze zu Mosambik gehen die höchsten Niederschlagsmengen des Landes nieder, und seine üppigen dunkelroten Böden eignen sich perfekt für den Anbau von Bananen, Avocados, Ananas und einer Vielzahl anderer Früchte. Die Tradition, frische Bananenblätter anstelle von Keramik- oder Plastiktellern zu verwenden, ist an die Verfügbarkeit dieses natürlichen Ersatzes gebunden.

Die Ndau sehen in dieser Tradition ein Sinnbild für die Gleichheit in ihrer Gesellschaft. Da die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, haben solche seltenen Anlässe eine besondere Bedeutung.

Der Soziologielehrer Jaibhesi Manhando aus Chimanimani ist der Meinung, dass dies nicht nur aus Tradition geschehe. Mahwauro sei auch eine Folge der weit verbreiteten Armut. Lange Zeit war es fast unmöglich, für große Feiern genügend Geschirr aufzutreiben. Trotz ihrer fruchtbaren Böden ist Chimanimani eine der ärmsten Regionen Simbabwes.

Für viele, die aus Simbabwe ausgewandert sind, hat das Essen auf Bananenblättern etwas Nostalgisches. Für die in London lebende Krankenschwester Sibongile Ziyebangwa, die in Chimanimani aufgewachsen ist, ist es unerheblich, wie die Tradition entstanden ist. „Woher es auch kommt, ich genieße es, Ziegenkutteln, Suppe und Süßkartoffelpudding von grünen Bananenblättern zu essen. Das ist ein natürliches Gefühl, das man sonst nirgendwo auf der Welt findet.“ Sie reist einmal im Jahr nach Simbabwe, um die von ihr so geschätzten Traditionen wiederaufleben zu lassen.

AUDREY SIMANGO
ist eine freie Journalistin, die in Südafrika und Simbabwe arbeitet.
thefoodradio@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
ISSN 2366-7249
Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.03.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | E+Z

ENERGIEPREISE

Ungewisse Zeiten

Der Ölpreis liegt wieder auf dem Niveau vor dem Ukrainekrieg. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Von Zohra Cosima Benamar

Nach der russischen Invasion der Ukraine stieg der Ölpreis vor einem Jahr auf über 120 Dollar pro Barrel. Nun liegt er mit etwa 80 Dollar wieder auf Vorkriegsniveau. Das ist erklärungsbedürftig.

Russland war ein wichtiger Energielieferant für Europa. Im vergangenen Monat trat nun aber das volle EU-Ölembargo gegen Russland in Kraft. Zudem legten die G7 (Gruppe der sieben führenden westlichen Volkswirtschaften) einen Preisdeckel für russisches Öl von 60 Dollar fest. Grundsätzlich erschweren beide Maßnahmen den Absatz von russischem Öl auf internationalen Märkten, was das Angebot drückt. Entsprechend wäre zu erwarten, dass die Preise weiter nach oben gehen. Dass das bisher nicht der Fall ist, wirft Fragen auf.

Nach Kriegsbeginn stieg der Ölpreis rasant und heizte die Inflation weiter an. Um dem Trend entgegenzuwirken, warf US-Präsident Joe Biden beachtliche Mengen der nationalen strategischen Ölreserven auf den Markt. Das bremste den Preisanstieg und reduzierte akute Versorgungslücken. Mittlerweile ist die Ölproduktion in den USA nach der Coronaflaute wieder in Gang gekommen. Das dämpft die Preise und ermöglicht die Auffüllung der Reserven sowie den Export fossiler Energie. Entsprechend haben europäische Volkswirtschaften Versorgungslücken mit Einfuhren aus den USA schließen können.

Derweil beteiligen sich viele Länder nicht an den westlichen Sanktionen. Sie importieren Energie zu günstigen Preisen aus Russland, was den internationalen Preisdruck reduziert. Hauptabnehmer sind nun China und Indien und nicht mehr europäische Länder.

Über Umwege fließt russisches Öl jedoch weiter in den Westen. Seine Nutzung ist nur verboten, wenn es unter dem von der G7 definierten Mindestpreis eingekauft wurde. Obendrein lässt sich die Herkunft verschleiern, etwa wenn der Rohstoff in fernen Häfen auf andere Frachter umgeladen wird. Laut Bloomberg ist sogar eine russische Schattenflotte im Aufbau. Wenn ausländische Firmen russisches Öl mit Öl aus anderen Ländern mischen und zu Treibstoff verarbeiten, gilt zudem der Raffineriestandort als Ursprungsort. Indische Unternehmen scheinen sich für diese Geschäftsidee besonders zu interessieren.

Wegen der Sonderrabatte und der Umwege auf den Handelsrouten sind die russischen Exporteinnahmen deutlich gesunken, aber das Exportvolumen ist weitgehend stabil.

Öltanker in Noworossijsk im Oktober 2022.

Im November 2022 beschloss die OPEC+ (die Organisation erdölexportierender Länder und ihrer Verbündeten), das Ölangebot zu begrenzen (siehe mein Beitrag in der Digitalen Monatsausgabe vom Dezember). Sorgen, das werde den Ölpreis noch weiter nach oben treiben, erfüllten sich nicht. Stattdessen ging im vierten Quartal 2022 – wie von der OPEC+ erwartet – die Ölnachfrage zurück.

Das lag unter anderem daran, dass die Nachwirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft noch immer zu spüren sind. Zudem bremsen nun auch noch die höheren Leitzinsen in Nordamerika und Europa die Konsumnachfrage, was die Konjunktur schwächt und die Ölnachfrage weiter stagnieren lässt. Die Zinsanpassung wirkt der Inflation entgegen, kann aber auch zu einer Rezession führen. Die Prognosen für die USA fallen jedoch positiv aus, denn der Arbeitsmarkt hat sich als recht resilient erwiesen. Das lässt einen erneuten Anstieg der Ölnachfrage erwarten. Da die Prognosen zur Ölproduktion in den USA nach oben korrigiert wurden, kann diese sehr wahrscheinlich abgedeckt und das Ölangebot auf den internationalen Märkten erhöht werden. Was die jüngsten Bankturbulenzen konjunkturell bedeuten, ist noch unklar.

Schließlich treibt der Ukrainekonflikt den Ausbau erneuerbarer Energien in Europa voran, da der politische Druck massiv gestiegen ist. Die Investitionen in diesem Bereich wurden beschleunigt. Deutschland möchte die Stromversorgung bis 2035 vollkommen auf erneuerbare Energien umstellen. Langfristig wird diese Entwicklung die Ölnachfrage und damit auch den Preis drücken.

Im Moment wirkt die Lage auf den Ölmärkten entspannt. Das kann sich aber schnell ändern. Vor allem lässt sich kaum abschätzen, wie die Maßnahmen gegen Russland sich weiter auswirken. Auch das Ende der Covid-Lockdown-Politik in China wird aller Voraussicht nach zu einem erneuten Anstieg der Ölnachfrage führen, was den Preis in die Höhe treiben könnte. Dem könnten wiederum neue Mengenanpassungen durch die OPEC+ entgegenwirken.

ZOHRA COSIMA BENAMAR ist Politikwissenschaftlerin und promoviert am ISCTE Universitätsinstitut Lissabon zu Geo- und Energiepolitik.

Zohra_Cosima_Benamar@iscte-iul.pt

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Uncredited

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Janusköpfiges Wachstum

Millionen von Menschen in Afrika stürzten aufgrund diverser sich verschärfender sozioökonomischer Krisen – allen voran durch Corona-Pandemie und vom Krieg in Europa verursachten Inflationsdruck – noch tiefer in die Armut. Es hilft nun nicht, Wirtschaftswachstum für Afrika wahlweise als Allheilmittel oder Unheil darzustellen, denn die Realität ist wesentlich komplexer.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Vor der Pandemie, in den ersten zwanzig Jahren des neuen Jahrtausends, erlebte Afrika einen Wirtschaftsaufschwung. Dabei sank laut Weltbank die Armutsquote – der prozentuale Anteil der Bevölkerung, der weniger als 6,85 Dollar täglich verdient – nur um gerade mal fünf Prozentpunkte, von 92 auf 87 Prozent der afrikanischen Bevölkerung. Wer also hat vom Wirtschaftswachstum dieser Jahre profitiert?

Die Früchte dieser Blütezeit ernteten die Reichsten des Kontinents. Zwischen 1980 und 2017 wuchs das Einkommen der Ärmsten in Afrika um 0,73 Prozent pro Jahr, während die reichsten Tausendstel jährlich rund drei Prozent mehr einnahmen, wie Untersuchungen des African Centre of Excellence of Inequality Research und der Agence Française de Développement zeigen.

Das derzeitige Wirtschaftswachstum ist unzureichend und wird es bleiben, das müssen wir begreifen. Selbst in einer idealen, nachhaltigen und gerechten Form ist Wirtschaftswachstum kein Zaubertrank, der Armut und Ungleichheit in Afrika beseitigen kann.

Wirklich nachhaltiges und faires Wachstum sollte Teil eines Konzepts sein, das Staat, Gesellschaft und internationale Akteure einbezieht, die ehrlich an einem wirtschaftlich starken afrikanischen Kontinent interessiert sind. Dazu gehört auch eine Diskussion darüber, wie Wohlstand verteilt wird. Bleibt die Mehrheit der Bevölkerung arm, während einige wenige immer reicher werden, ist zu diskutieren, wie Steuer- und Sozialversicherungssysteme die Menschen aus der Armut holen und die Ungleichheit verringern können. Zugleich heizt die Dringlichkeit des Klimawandels die Diskussionen über Degrowth, Postwachstum und das Wesen von Wachstum allgemein an. Mit Anerkennung der Debatten darüber, wie Wirtschaft wachsen muss, damit der Planet überleben kann, sollte jedoch nicht in Kauf genommen werden, dass Afrika und seine Menschen dem übergeordneten Ziel der Nachhaltigkeit geopfert werden – zumal die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 48 Prozent der globalen Kohlenstoffemissionen verursacht haben.

Auch im neuen Jahrtausend bestimmt das Erbe von Kolonialismus und wirtschaftlicher Entwicklung nach der Unabhängigkeit die Wechselwirkung zwischen Armut, Wirtschaftswachstum und Ungleichheit in Afrika. Das zeigt sich besonders darin, dass Chancen- und Einkommensungleichheiten fortbestehen.

Es ist offensichtlich, dass Zunahme von Armut und Elend in Afrika seit 2020 nicht nur auf Pandemie, Klimawandel, Inflation und Ernährungsunsicherheit zurückzuführen ist. Millionen von Menschen auf dem Kontinent ging es schon weit vor dem Jahr 2020 schlecht – ihr Leben war und ist bestimmt von mangelnder sozialer Mobilität, wirtschaftlicher Unsicherheit und schwachen Sozialsicherungssystemen.

Wir tendieren dazu, Armut und Ungleichheit mit einkommensbezogenen Messgrößen zu assoziieren; tatsächlich geht es aber um Rechte (wie Eigentum), Chancen (wie Zugang zu Bildung) und Dienstleistungen (wie Gesundheit, öffentlicher Verkehr), also um staatliche Pflichten.

Aktivisten, Forscher, Regierungsbeamte und politische Entscheidungsträger haben nun die immer drängendere Aufgabe, die komplexen Beziehungen zwischen Wachstum, Armut und Ungleichheit so zu entschlüsseln, dass das Wirtschaftswachstum den Menschen auf dem Kontinent wirklich zugutekommt. Klar ist: In seiner jetzigen Form kann es nicht integrativ und nachhaltig für Afrika sein.

QUELLE

Chancel, L., 2022: Global carbon inequality over 1990-2019. Nature Sustainability Volume 5 (2022).
https://www.nature.com/articles/s41893-022-00955-z

FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN ist Forscher am African Centre of Excellence for Inequality Research der Universität Kapstadt und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rhodes-Universität in Südafrika.
fabioandres.diazpabon@uct.ac.za

Nicht nachhaltiges Wachstum vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich in Afrika.

Foto: picture-alliance/AP Photo/Denis Farrell

INTERNATIONALE FINANZINSTITUTION

Bidens aussichtsreicher Kandidat

US-Präsident Joe Biden hat Ajay Banga als neuen Spitzenmann für die Weltbank vorgeschlagen. Das ist ein kluger Schachzug von globaler Bedeutung und besonderen Konsequenzen für Identitätspolitik in Indien.

Von Hans Dembowski

Banga ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Mastercard. Er wuchs in Indien auf, studierte dort und startete seine Karriere, bevor er in die USA zog. Trotz seines amerikanischen Passes ist seine südasiatische Herkunft offensichtlich. Wahrscheinlich werden die Mitgliedsländer ihn zum Weltbankpräsidenten berufen.

Kritiker beanstanden seit Langem den Usus, dass Weltbankpräsidenten vom Weißen Haus vorgeschlagene US-Bürger sind. Biden hat nun einen Finanzmanager gewählt, der als Sikh stolz Turban und Bart trägt. Das ist ein Signal an nicht-westliche Kulturkreise. Biden richtet es besonders an große Schwellenländer, die bisher Distanz zu den G7 (Gruppe der größten westlichen Volkswirtschaften) halten. Diplomaten aus Brasilien, China oder Südafrika werden Banga sowohl als Inder als auch Amerikaner sehen.

Banga mangelt es an Berufserfahrung in multilateralen Institutionen und der Entwicklungspolitik. Er hat aber großes Interesse an den wichtigen Themen gezeigt – wie etwa den verheerenden Folgen der Klimakrise. Er hat eine steile Wall-Street-Karriere gemacht, weiß also, wie sich Privatkapital mobilisieren und investieren lässt. Offensichtlich will Biden die Weltbank als Finanzinstitut stärken. Der Vorwurf, er hätte einen Klima- oder Entwicklungsexperten vorschlagen sollen, zieht nicht, denn Kapitalmarkt-Kompetenz ist vielleicht wichtiger. Tiefe Kenntnisse von Ökologie und Entwicklungstheorie sind nicht nötig, um die richtigen Ziele zu definieren, aber um sie zu erreichen, kommt es auf Finanz-Know-how an. Bangas Lebenslauf spricht also nicht gegen seine Kandidatur.

Es wird auch bedauert, dass Biden keine Frau benannt hat. Ich selbst fände eine Weltbankpräsidentin großartig, denke aber, dass die Wahl Bangas identitätspolitisch klug ist. Indiens Premierminister Narendra Modi freut sich nämlich vermutlich nicht über diese Kandidatur, die seinen Hindu-Chauvinismus tendenziell in Frage stellt. Sikhs sind keine Hindus und meist auch nicht damit einverstanden, dass Modis aggressive Ideologie ihren Glauben der Mehrheitsreligion in Indien unterordnet.

Banga ist Offizierssohn. In seiner Alterskohorte hieß das, im Geiste einer säkularen Nation, die sich nicht um Glaubensidentitäten schert, erzogen zu werden. Manche in die USA migrierte Inder unterstützen Modi, aber viele tun das nicht. Zu Letzteren gehört Banga sicherlich, denn er gilt als Verbündeter von Vizepräsidentin Kamala Harris, die sich gegen jede Form von Diskriminierung einsetzt. Banga selbst setzt sich auch für Inklusion ein.

Inder*innen, die internationale Führungspositionen erreichen, werden im Heimatland als Vorbilder gefeiert. Bidens subtile Botschaft ist nun: Ich akzeptiere Indiens großartige und vielfältige Kultur, falle aber auf den Hindu-Chauvinismus der Regierung nicht herein. Die Kandidatur eines weltoffenen Sikhs schwächt Modis Anspruch, Indien als hinduistische Nation zu definieren.

Bidens globale Botschaft ist freilich eine andere. Die Weltbank soll stärker werden und sich mit ganzer Kraft der Klimakrise widmen. Das ist stimmig, denn die globale Erhitzung ist ein dringendes Problem, zu dessen Lösung alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert werden müssen. Wenn die Weltbank aber zu einer Klimabank wird, stellt sich eine bislang offene Frage noch dringlicher: In welchem Maße werden Klimafinanzierung und Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) vermengt? Versprochen wurde immer, dass Klimageld zusätzlich fließt.

ODA ist klar definiert und die Geldflüsse sind transparent. Im Schnitt zahlen Länder mit hohen Einkommen aber nur etwa die Hälfte dessen, was sie versprochen haben. Ihre Klimazusagen halten sie bisher zu etwa 80 Prozent ein, aber die Definitionen sind vage und Doppelzählungen kommen vor. Die Weltbank hat dieses verwirrende Szenario nicht verursacht, aber sie kann als multilaterale Institution für mehr Klarheit sorgen. Internationale Beobachter sollten deshalb genau darauf achten, was ihr Spitzenmann diesbezüglich tut.

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Turban und Bart weisen Ajay Banga eindeutig als Sikh aus.

Foto: picture-alliance/EPA-EFE/Ting Shen/POOL

WESTAFRIKA

Unklare Ergebnisse

Das Resultat der nigerianischen Präsidentschaftswahl wird vor Gericht angefochten. Es ist ein gutes Zeichen für die gesamte ECOWAS-Region, dass die in diesem Zusammenhang stattfindenden Proteste friedlich verlaufen.

Von Prince Thompson

Nigerias Unabhängige Nationale Wahlkommission (INEC) hat Bola Ahmed Tinubu drei Tage nach der Stimmabgabe zum Gewinner erklärt. Tinubu war Kandidat der herrschenden Partei All Progressives Congress (APC). Zwei seiner wichtigsten Gegner kündigten an, seinen Sieg vor Gericht anzufechten. Nigeria ist das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS – Economic Community of West African States). Somit wirken sich die Entwicklungen dort auf die ECOWAS besonders aus.

Laut INEC erhielt Tinubu 37 Prozent der Stimmen. Auf Platz zwei landete Atiku Abubakar von der People´s Democratic Party (PDP) mit 29 Prozent und an dritter Stelle Peter Obi von der Arbeiterpartei mit 25 Prozent. Die Wahlbeteiligung war mit 29 Prozent bei rund 90 Millionen Wahlberechtigten überraschend niedrig.

Wahlen in Nigeria sind immer relevant für ganz Westafrika. Wegen seiner riesigen Bevölkerung, großen Wirtschaft und üppigen Ölreserven gilt das Land als „Riese von Afrika“. Was hier geschieht, beeinflusst auch die Nachbarstaaten.

Es ist ein gutes Zeichen, dass die Wahlen im Vergleich zu früheren weitgehend erfolgreich durchgeführt wurden. Trotzdem gab es Unregelmäßigkeiten, Ausbrüche von Gewalt und vermeidbare technische Pannen, weshalb die Ergebnisse nun in Frage gestellt werden. Dass die Verlierer vor Gericht gehen hilft dabei, den demokratischen Prozess in der gesamten Region tiefer zu verankern.

Zudem dürfte die gerichtliche Überprüfung der Wahlergebnisse sowohl die Demokratie als auch die Stabilität in Nigeria stärken, was für die Region entscheidend ist. Bislang forderten die ECOWAS-Regierungen zwar, dass in den Partnerländern Demokratie herrschen müsse, aber in der letzten Zeit gab es Militärputschs in Mali, Guinea-Bissau und Burkina Faso. Nigeria trägt erheblich zur Friedenssicherung in Westafrika bei, unter anderem mit Truppen in Mali, Guinea-Bissau und Sierra Leone.

Wie mehrere andere westafrikanische Länder kämpft Nigeria seit vielen Jahren mit politischen Unruhen und islamistischen Aufständischen. Verschlechtert sich die Lage in Nigeria, wirkt sich das auf die ganze Region aus. Es könnten etwa mehr Geflüchtete in den Nachbarländern auftauchen. Zudem profitieren militante Gruppen von der Unterstützung nigerianischer Verbündeter. Eine ernsthafte Stabilitätskrise in Nigeria würde die gesamte Region destabilisieren. Ghana hat Nigeria aktiv im Kampf gegen Boko Haram und andere aufständische Gruppen in der Region unterstützt. Jede Störung der Sicherheitslage in Nigeria könnte Ghanas Bemühungen um regionale Stabilität und Sicherheit beeinträchtigen.

Nigeria ist seit Langem ein wichtiger Handelspartner für andere ECOWAS-Mitglieder, darunter Ghana. Jegliche Veränderung in Nigerias Wirtschaftspolitik könnte deshalb weitreichende Folgen für Ghana haben. Wird Nigerias Wirtschaft stärker und stabiler, steigert das auch Ghanas Investitions- und Handelsmöglichkeiten. Umgekehrt wären politische Instabilität oder wirtschaftliche Probleme in Nigeria schlecht für Ghanas Wirtschaft.

Gleiches gilt auch für andere westafrikanische Länder. Allerdings profitieren relativ starke und diversifizierte Volkswirtschaften wie Ghana oder Côte d'Ivoire mehr von internationalen Beziehungen als ärmere Länder wie Sierra Leone oder Niger. Zudem sind frankophone Länder dem nigerianischen Einfluss wegen der Sprachbarriere tendenziell etwas weniger ausgesetzt. Das gilt allerdings nicht für Benin und Niger, die beide an Nigeria grenzen.

Die neue nigerianische Regierung wird sicherlich die regionale Integration beeinflussen. Nigeria ist seit Langem ein wichtiger Akteur in der ECOWAS, und deren Zukunft wird auch weiterhin von Nigeria abhängen. Glücklicherweise war die regionale Integration bei den Wahlen unstrittig: Die drei wichtigsten Kandidaten sind alle generell dafür. Die Einführung einer gemeinsamen Währung für die ECOWAS ist ohne nigerianisches Engagement nicht möglich – und das gilt auch für das von der Afrikanischen Union angestrebte kontinentale Freihandelsabkommen (AfCFTA).

Friedliche Proteste zeigen, dass viele in Nigeria von den offiziellen Wahlergebnissen nicht überzeugt sind.

PRINCE THOMPSON kommt aus Ghana und studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum. Derzeit macht er ein Praktikum bei E+Z/D+C. Sein Masterstudiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsländerbezogener Postgraduiertenstudiengänge (AGEP).
prince.thompson94@yahoo.com

Foto: picture-alliance/NurPhoto/Olukayode Jayeola

NAHER OSTEN

Jüdische Stimmen zu Israels Krise

Israel erlebt Massenproteste, weil die Regierung von Premierminister Benjamin („Bibi") Netanyahu die Macht des Obersten Gerichts einschränken will. Zugleich unterstützt sie jüdische Siedlungen im besetzten Westjordanland, wo die Gewalt anhält. Wir dokumentieren hier Auszüge aus Meinungsartikeln jüdischer Autor*innen aus internationalen Zeitungen. Wir zitieren die Websites – inklusive der Überschriften.

Von D+C/E+Z

Yuval Noah Harari spricht bei einer Demonstration – der Redetext erschien später im Guardian.

MEINE BOTSCHAFT AN NETANYAHU: STOPPEN SIE IHREN PUTSCH, ODER WIR STOPPEN DAS LAND

In der Geschichte wimmelt es von Diktaturen, die zunächst legal etabliert wurden. Es ist der älteste Trick der Welt: Erst nutzt man das Gesetz, um Macht zu erlangen, dann nutzt man seine Macht, um das Gesetz zu beugen. Was die Regierung derzeit vorbereitet, hat einen simplen Zweck (dazu braucht man keinen Doktortitel in Jura): Werden diese Gesetze verabschiedet, kann die Regierung unsere Freiheit vollends zerstören.

61 Knesset-Mitglieder (das israelische Parlament hat 120 Mitglieder, D+C/E+Z) könnten nach Belieben rassistisches, oppressives und antidemokratisches Recht erlassen; 61 Knesset-Mitglieder könnten das Wahlsystem so ändern, dass wir die Regierung nicht mehr wechseln können. Fragen wir die Putsch-Anführer, was ihre Macht künftig kontrollieren und die grundlegenden Menschenrechte schützen wird, sagen sie nur: „Traut uns."

Premierminister Netanyahu, Justizminister Levin, MK (Mitglied der Knesset, D+C/E+Z) Rothman, Vorsitzender des Verfassungsausschusses, wir trauen Ihnen nicht! (...) Wir trauen Ihnen nicht, weil wir wissen, was Sie wollen: grenzenlose Macht. Sie wollen uns zum Schweigen bringen und uns vorschreiben, wie wir leben, was wir essen, was wir anziehen, was wir denken und sogar, wen wir lieben sollen.

Yuval Noah Harari, The Guardian

STELLEN SIE SICH EIN AUF DAS ENDE ISRAELS, WIE WIR ES KENNEN

Israel hat keine zweite Kammer und keine schriftliche Verfassung. Wenn eine israelische Regierung, die per definitionem die Knesset dominiert, etwas vorhat, kann nur der Oberste Gerichtshof sie stoppen. Eben diesen will Bibi unterhöhlen.

Netanyahu oder ein künftiger Premier würde Israel dann mit uneingeschränkter Macht regieren. Es wäre eine Mehrheitstyrannei, die sich aus 61 Sitzen der 120-köpfigen Knesset ergäbe. (...) Manchmal wird die Minderheit offensichtlich sein – nämlich die arabische Bevölkerung. Manchmal werden es jene sein, die in einer Streitfrage unterliegen. Irgendwann zählen alle in einer Demokratie mal zur Minderheit. (...)

Jahrzehntelang warnten die, welche die Besatzung seit 1967 ablehnen, diese werde die Besatzungsmacht selbst zersetzen, denn Israel könne die Demokratie nicht auf einer Seite der Grünen Linie missachten und auf der anderen Seite deren dauerhaften Bestand erwarten. Irgendwann musste das Übel diese schwindende Grenze überwinden. Nun ist es so weit.

Jonathan Freedland, The JC (Jewish Chronicle, Sitz in London)

ISRAEL VERÄRGERT SEINE ENGSTEN VERBÜNDETEN

Dem Angriff Netanyahus auf die Unabhängigkeit der israelischen Justiz folgten Massenproteste, Warnungen aus der Wirtschaft und mahnende Worte von Bidens Regierung sowie israelfreundlichen Mitgliedern des US-Kongresses. So viel Opposition ist ungewöhnlich – aber verglichen mit der wütenden Reaktion auf die Mobgewalt im Westjordanland war sie mild.

Die Financial Times schrieb: „Nachdem ein palästinensischer Bewaffneter zwei Israelis im besetzten Westjordanland getötet hatte, bestärkte ein Amoklauf israelischer Siedler die Sorge, dass die Gewalt in dem Gebiet außer Kontrolle gerät."

Netanyahu richtete sich seltsam wohlwollend an die Randalierenden – ähnlich wie Präsident Trump an die Aufständischen am 6. Januar 2021. Netanyahu twitterte: „Ich bitte – auch wenn das Blut kocht, – das Gesetz nicht in die eigenen Hände zu nehmen." Bislang wurde niemand im Zuge der Strafverfolgung festgenommen. (...)

Die Botschaft des geschäftsführenden Vizepräsidenten der Orthodoxen Union – einem der treuesten Verteidiger Israels – war aufrüttelnd. Rabbi Moshe Hauer schrieb: „Wie konnte es so weit kommen, dass junge jüdische Männer Häuser und Autos plündern und anzünden?" Er äußerte Mitgefühl für den „Schmerz" wegen des Mordes an zwei Israelis, bekräftigte aber, dass „wir dies weder verstehen noch hinnehmen". Netanyahu deutlich rügend, fuhr Hauer fort: „Ein Dorf anzugreifen, kann nicht als ‚das Gesetz in die eigenen Hände nehmen' bezeichnet werden. Das ist nicht das Gesetz; das ist undisziplinierte und willkürliche Wut."

Wie es so weit kommen konnte? So etwas passiert, wenn eine rechte Regierung konsistent den radikalsten Elementen ihres Landes Sympathie signalisiert.

Jennifer Rubin, The Washington Post

IN EINEM JÜDISCHEN STAAT LÄSST SICH DEMOKRATIE NICHT RETTEN

Für die meisten von Israel kontrollierten palästinensischen Menschen – im Westjordanland und in Gaza – ist Israel keine Demokratie. Es ist keine Demokratie, weil sie nicht die Regierung wählen können, die ihr Leben be-

Foto: picture-alliance/REUTERS/Amir Cohen

herrscht. (...) Sie können sich bei der Palästinensischen Autonomiebehörde beschweren. Aber diese ist ein Subunternehmen, kein Staat. Wie alle anderen Palästinenser auch, kann selbst das PA-Personal das Westjordanland nur mit israelischer Erlaubnis verlassen. Auch in Gaza bestimmt Israel – mit ägyptischer Hilfe –, welche Personen und Waren herein- und hinaus dürfen. Und die Bevölkerung, die laut Human Rights Watch in einem „Freiluftgefängnis" lebt, kann die israelischen Beamten, die die Schlüssel in der Hand halten, nicht abwählen.

2009 witzelte das palästinensische Knessetmitglied Ahmad Tibi, Israel sei wirklich „jüdisch und demokratisch: demokratisch für jüdische Menschen und jüdisch gegenüber arabischen". Aus liberalzionistischer Sicht war das ungehobelt, denn Tibi gehört seit fast 25 Jahren dem israelischen Parlament an. Er weiß aber, dass die Struktur des jüdischen Staats palästinensischen Menschen systematisch die rechtliche Gleichstellung verweigert, ob sie nun die Staatsbürgerschaft haben oder nicht. (...)

Das erklärt, warum mehr als 20 Prozent des israelischen Staatsvolks palästinensisch sind, deren Gemeinden aber laut einem Bericht diverser palästinensischer und israelischer Menschenrechtsgruppen von 2017 weniger als drei Prozent der Landesfläche umfassen. 2003 stellte eine Kommission der Regierung fest, dass „viele arabische Städte und Dörfer von Land umgeben sind, das für Zwecke wie Sicherheitszonen, jüdische Regionalräte, Nationalparks und Naturschutzgebiete oder Autobahnen ausgewiesen ist, was Expansionsmöglichkeiten begrenzt oder erschwert." Da sie keine Genehmigung erhalten können, bauen viele palästinensische Menschen illegal Häuser – die die Regierung dann abreißt. (...)

Manche jüdische Menschen mögen fürchten, dass, wer Netanyahu kritisiert und sich für eine echte liberale Demokratie einsetzt, sich ins Abseits stellt und dem Vorwurf des Antizionismus aussetzt. Wer genau hinschaut, erkennt, dass das Gegenteil stimmt. Israels Demokratiebewegung wird, wenn sie die palästinensische Bevölkerung als vollwertigen Partner einbezieht, ein enormes Reservoir an neuen Verbündeten finden und eine klarere moralische Stimme herausbilden. Eine auf ethnischer Dominanz basierende Bewegung kann den Rechtsstaat nicht erfolgreich verteidigen. Das kann nur eine Bewegung für Gleichberechtigung.

Peter Beinart, The New York Times

Kundgebung für Justiz-Unabhängigkeit im März in Tel Aviv.

AMERIKANISCHE JUDEN, IHR MÜSST EUCH IN ISRAEL FÜR EINE SEITE ENTSCHEIDEN

Die Interessen von amerikanischem und israelischem Judentum differieren schon seit Jahren, aber das wurde immer überspielt. Bis Anfang der 2000er Jahre schienen die Interessen übereinzustimmen – als Israel sich darauf konzentrierte, jüdische Zuwanderung aus Russland und Äthiopien mit jüdischer Unterstützung aus Amerika aufzunehmen, den Osloer Friedensprozess mit Hilfe amerikanischer Präsidenten voranzutreiben und Start-ups mit Hilfe amerikanischer Investoren zu gründen. (...)

Unter Netanyahus Regierungen tat Israel dann alles, um den Friedensprozess zu umgehen und den palästinensischen Spitzenpolitiker Mahmoud Abbas zu dämonisieren. Dabei wusste Netanyahu, dass Abbas' Palästinensische Autonomiebehörde jahrelang wichtige Sicherheitszusammenarbeit mit Israel leistete.

Netanyahu und sein Team lehnten zudem liberale jüdische Stimmen aus Amerika ab und betrachteten sie als aussterbende Spezies, die sich durch Mischehen allmählich nichtig machte. Netanyahu und seine Verbündeten konzentrierten sich stattdessen darauf, in der Republikanischen Partei und ihrer evangelikalen Basis Unterstützung für Israel zu mobilisieren.

Derweil gaben sich die Spitzenleute der großen jüdischen Institutionen in Amerika alle Mühe, die von Netanyahu gezeigte implizite Verachtung zu ignorieren. Ihre Wischiwaschi-Erklärungen bekräftigten die Notwendigkeit, Israels demokratischen Prozess zu respektieren und Israels Regierung „nach ihrem Handeln" zu beurteilen – als wäre nicht zu verurteilen, dass Netanyahu zwei Ex-Sträflinge sowie nationalistische, messianische Eiferer auf wichtige Kabinettsposten gesetzt hat.

Da Netanyahus jüngste Regierung weiter daran arbeitet, die Unabhängigkeit der israelischen Justiz zu untergraben und die israelische Gesellschaft zu spalten, bleibt den Führungspersönlichkeiten des amerikanischen Judentums nichts übrig, als sich für eine Seite zu entscheiden.

Thomas Friedman, The New York Times

Foto: picture-alliance/EPA/ABIR SULTAN

SCHWERPUNKT

Digitaler Wandel

„Pakistan läuft dem technischen Fortschritt hinterher, besonders im Bildungswesen." **MARVA KHAN, S. 19**

„2025 dürfte mehr als eine halbe Milliarde Menschen in Afrika online einkaufen." **JAYLAN ELSHAZLY, S. 21**

„Digitalisierung ist ein Faktor für grünes Wachstum." **TIAN XIA UND NATHALIE SPATH, S. 23**

„Nun vertrauen die Menschen in Nigeria der Wahlbehörde noch weniger." **ADAZE OKEAYA-INNEH, S. 25**

„Gut gestaltetes E-Government verbessert Verwaltungsdienstleistungen." **CHARLES MARTIN-SHIELDS, S. 27**

„World Vision und andere Akteure setzen verstärkt auf Fortbildungen zur digitalen Kompetenz." **MELANIE ASSAUER ET AL., S. 29**

„In 47 Ländern schirmen Behörden die Bevölkerung von Inhalten ausländischer Quellen ab." **ROLI MAHAJAN, S. 31**

„Chatbots haben kein Verständnis von Wahrheit oder Realität." **HANS DEMBOWSKI, S. 32**

Mitarbeiter der nigerianischen Wahlbehörde mit digitalen Geräten.

Foto: picture-alliance/REUTERS/Temilade Adelaja

PAKISTAN

In digitale Bildung investieren

Pakistan investiert zu wenig in Bildung und Digitalisierung. Die Folgen sind zu geringe Alphabetisierungsraten und systematische Diskriminierung. Trotz einiger positiver Beispiele, etwa in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, bleibt das Gesamtbild düster.

Von Marva Khan

Bildung ist die Achillesferse Pakistans. In dem Land leben mehr als 230 Millionen Menschen – Platz fünf der bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Etwa ein Drittel ist nach Angaben des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) unter 15 Jahre alt. Wenn Pakistan sein wirtschaftliches und gesellschaftspolitisches Potenzial ausschöpfen will, muss diese junge Bevölkerung Zugang zu hochwertiger Bildung erhalten.

Die staatlichen Investitionen sind jedoch mager: 2021 gab Pakistan nur 2,4 Prozent seines Gesamt-BIP für Bildung aus. Dieser Wert lag in den vergangenen Jahrzehnten zwischen 1,8 und drei Prozent. Zum Vergleich: In EU-Mitgliedstaaten liegt er zwischen 4,5 und 5,5 Prozent.

Insofern überraschen die niedrigen Alphabetisierungsraten in Pakistan kaum. Zwischen den Provinzen gibt es große Unterschiede. Die Werte liegen zwischen 66,3 Prozent im Punjab und 54,5 Prozent in Belutschistan. Seit dem 18. Verfassungszusatz im Jahr 2010 ist Bildungspolitik Sache der Provinzen. Zudem ist die Alphabetisierungsrate in städtischen Ballungsräumen deutlich höher als auf dem Land, und sie liegt für Männer höher als für Frauen – das gilt für alle Altersgruppen im ganzen Land.

DIGITALISIERUNG ALS SCHLÜSSEL

Der Zugang zu digitalen Technologien ist von entscheidender Bedeutung, um umfassende Bildung für alle zu gewährleisten. Während der Covid-19-Pandemie verloren viele diese Zugang, etwa weil sie arbeitslos wurden oder wegen der Ausgangssperren. Gleichzeitig machte der Online-Unterricht deutlich, welche wichtige Rolle das Internet für die Bildung spielt (siehe Kasten).

Pakistan läuft jedoch dem technischen Fortschritt hinterher, besonders im Bildungswesen. Das ist vor allem auf die hohen Kosten zurückzuführen. Das Land rangiert im unteren Viertel des Inclusive Internet Index, der Länder weltweit in puncto Internet vergleicht. Die Kluft zwischen den Geschlechtern stellt ebenfalls eine große Herausforderung dar: Im Jahr 2020 hatten nur 19 Prozent der pakistanischen Frauen Zugang zu mobilem Internet, dagegen 37 Prozent der Männer.

Um diese Probleme anzugehen, hat das pakistanische Informationsministerium 2017 die „Digital Pakistan Policy 2017“ auf den Weg gebracht. Damit sollte die IT-Nutzung in allen Sektoren, einschließlich Bildung, gefördert werden. Zu den Zielen gehörte:

- die Förderung von Public-private-Partnership,
- die Entwicklung barrierefreier Software,
- die Digitalisierung von Prüfungen und
- die Subventionierung der Kosten für Technologien, die Beeinträchtigungen ausgleichen.

Die Policy zielte auch darauf ab, den Schüler*innen mehr Möglichkeiten für digitales Lernen zu bieten, etwa bessere Geräte. Davon hätten insbesondere jene profitieren können, die während der Covid-19-Lockdowns auf öffentliche Schulen gingen. Das Programm wurde jedoch gestoppt, als nach den Parlamentswahlen 2018 eine neue Regierung an die Macht kam.

In Punjab hatte die Provinzregierung das Punjab Information Technology Board (PITB) eingerichtet, um eine bessere IT-Infrastruktur bereitzustellen. Darauf basierte auch eine bildungspolitische Strategie aus dem Jahr 2017. Nach dem Regimewechsel 2018 mischte sich die Politik aber in das PITB ein, sodass zuvor formulierte Strategien und Maßnahmen zurückgestellt wurden.

Darüber hinaus hat die pakistanische Regierung in der Vergangenheit die digitale Infrastruktur eingeschränkt. Sie verbot beispielsweise Websites wie Youtube und Wikipedia, weil manche Inhalte „anstößig“ oder „blasphemisch“ seien.

DER PRIVATSEKTOR GREIFT EIN

Die Vernachlässigung des Bildungssektors durch die Regierung führte dazu, dass private Bildungseinrichtungen auf den Plan traten. Sie investierten in qualitativ hochwertige Bildung und nutzten dafür auch digitale Technologien. Diese Einrichtun-

Sehbehinderte Schüler in einer staatlichen Schule in Peshawar.

Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/PPI

gen befinden sich überwiegend in den drei großen Ballungsräumen Lahore, Karatschi und Islamabad. Sie bieten vor allem Sekundarschulbildung nach britischem und amerikanischem Vorbild an. Durch ihre hohen Gebühren sind sie allerdings recht exklusiv.

Der Privatsektor spielt eine entscheidende Rolle im pakistanischen Bildungssystem. 2017/2018 waren 38 Prozent aller Bildungseinrichtungen in privater Hand; 44 Prozent aller Schüler*innen besuchten private Einrichtungen. Einige dieser „Elite"-Einrichtungen arbeiten mit moderner Technik, aber in der Breite gibt es große Unterschiede.

Bildungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen gehörten zu den ersten, die digitale Technologien zu Bildungszwecken einsetzen, darunter die Ida Rieu Welfare Association, die Pakistan Association of the Deaf, das Aziz Jehan Begum Trust & Institute fot the Blind und das Special Talent Exchange Program. Auch einige Hochschulen tun das zunehmend. Beispielsweise hat die Lahore University of Management Sciences (LUMS) eine Einrichtung zur Unterstützung von Studierenden, Mitarbeiter*innen und Lehrkräften mit Behinderungen gegründet, das Assistive Technology Lab.

Um Pakistan fit für die Zukunft zu machen, ist bessere Bildung für alle von entscheidender Bedeutung. Investitionen in Digitalisierung und Bildung sind die wichtigsten Instrumente dafür, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. Vor allem die Überwindung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Bildung und beim Zugang zu moderner Technik sollte oberste Priorität haben.

MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences) und Mitbegründerin des Pakistani Feminist Judgments Project.
marva.khan@lums.edu.pk

Digitales Lernen in der Pandemie

Als Covid-19 im Jahr 2020 Pakistan erreichte, kam es zu Schulschließungen und Ausgangssperren. Da kein Ende in Sicht war, waren sowohl öffentliche als auch private Bildungseinrichtungen im ganzen Land gezwungen, in Digitalisierung zu investieren, um den Unterricht aufrechtzuerhalten. Einige gut finanzierte private Einrichtungen konnten sich leichter anpassen als öffentliche. Allerdings verhinderte die mangelhafte Infrastruktur, dass Schüler*innen und Studierende aus unterschiedlichsten Schichten Zugang zum digitalen Lernen hatten.

Als Assistenzprofessorin für Recht an der Lahore University of Management Sciences (LUMS) habe ich aus erster Hand mitbekommen, wie meine Einrichtung diese Herausforderung gemeistert hat. Unsere Universität hat schnell gehandelt und Zoom-Zugänge für die Fakultät und die Verwaltung gekauft, sodass wir innerhalb von nur zwei bis drei Wochen nach dem ersten Lockdown zum Online-Lernen übergehen konnten. Da wir es bereits gewohnt waren, den Studierenden Lernmaterialien digital zur Verfügung zu stellen, war die Umstellung für uns nicht allzu schwer.

Prüfung an einer Universität 2020 in Peshawar.

Allerdings gab es immer noch Hindernisse. Nicht alle Fakultätsmitglieder taten sich leicht mit der neuen Technologie. Als noch problematischer erwies sich die Entfremdung der Studierenden, die aus weniger wohlhabenden Familien stammen oder in Gebieten mit schlechtem Internet wohnen. Die Internet-Infrastruktur in Pakistan hat vielerorts Lücken (siehe Haupttext).

Diese Studierenden hatten sich unter anderem auf die Computerlabore auf dem Campus verlassen, um Aufgaben zu erledigen und zu recherchieren. Jetzt waren sie gezwungen, teure Laptops zu kaufen. Oft waren sie trotzdem nicht in der Lage, eine verlässliche Internetverbindung herzustellen, da der Service in ihren Gebieten schlecht war.

Ein weiteres Problem waren die Lernumgebungen: Einige Studierende mussten sich während des Unterrichts kleine Räume mit Familienmitgliedern teilen, während von anderen, insbesondere jungen Frauen, erwartet wurde, dass sie sich an der Hausarbeit beteiligen. Berichten zufolge nahm die häusliche Gewalt zu.

Vor der Pandemie half die Anwesenheit auf dem Campus, Ungleichheiten zwischen den Studierenden zu verringern. Durch die Schließungen fiel das weg, und das sozioökonomische Gefälle wirkte sich unmittelbar auf die Lernfortschritte aus.

Die LUMS bemühte sich, Studierenden, die es sich nicht leisten konnten, einen Internetanschluss zur Verfügung zu stellen. Die schlechte Infrastruktur in manchen Teilen des Landes stellte einige dennoch vor die Wahl, entweder eine Auszeit zu nehmen oder auf den Campus zurückzukehren und in fast völliger Isolation zu leben.

Eliteschulen wie die Lahore Grammar School nutzen Anbieter wie Zoom oder Google Classrooms für den Unterricht. Ihre Schüler*innen kommen überwiegend aus Vierteln mit relativ gutem Internetzugang. Sie konnten es sich auch leisten, Datenpakete von mehreren Internetanbietern gleichzeitig zu kaufen, sodass sie über Back-ups verfügten. Außerdem hatten sie bessere Telefone und Laptops als der Durchschnitt. All diese Privilegien erleichterten ihnen die Umstellung. Angesichts der Tatsache, dass Schüler*innen aus ärmeren Haushalten deutlich größere Probleme hatten, verstärkte Covid-19 die sozialen Ungleichheiten in Pakistan. MK

Foto: picture-alliance/EPA-EFE/BILAWAL ARBAB

Viele Frauen in Afrika nutzen E-Commerce, um Waren zu verkaufen.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Unternehmerinnen können von Online-Handel profitieren

Der afrikanische E-Commerce-Markt wächst schnell und bietet Frauen viele Chancen. Obwohl Unternehmerinnen dort bereits eine wichtige Rolle spielen, müssen immer noch viele Hindernisse beseitigt werden, damit sie die digitalen Plattformen optimal nutzen können.

Von Jaylan ElShazly

Adejumoke Olutayo ist Gründerin des Online-Lebensmittelgeschäfts Deeski.com in Nigeria. Die Mutter achtjähriger Zwillinge hat mit Online-Verkäufen auf einer der größten E-Commerce-Plattformen Afrikas ein florierendes Geschäft aufgebaut. Sie gründete das Unternehmen 2016. Mittlerweile beliefert Deeski.com alle Bezirke von Nigerias Hauptstadt Lagos und beschäftigt 14 Mitarbeitende in Vollzeit.

Adejumoke Olutayo ist kein Einzelfall. Der afrikanische E-Commerce-Markt wächst exponentiell. Das bietet Unternehmerinnen – von denen es in Afrika mehr gibt als Unternehmer – neue Möglichkeiten, ein Einkommen zu erwirtschaften.

Im Jahr 2020 steckten etwa 20 Milliarden Dollar im afrikanischen E-Commerce. Es ist der am schnellsten wachsende E-Commerce-Markt der Welt. Bis 2030 wird er voraussichtlich auf 84 Milliarden Dollar anwachsen. 2025 dürfte mehr als eine halbe Milliarde Menschen in Afrika online einkaufen. Die Zahl wächst seit 2014 jährlich um 18 Prozent und liegt deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von zwölf Prozent. Die Covid-19-Pandemie hat den Trend beschleunigt und neue Kund*innen in den Online-Handel gebracht.

Der E-Commerce-Sektor bietet Unternehmerinnen verschiedene Möglichkeiten, um ihre Einnahmen zu steigern und die Leistungsfähigkeit ihres Unternehmens zu verbessern: Erstens können sie Einzelhandel betreiben, ohne Kapital für Ladenflächen aufbringen zu müssen. Zweitens bietet E-Commerce sofortigen Zugang zu vielen Käufer*innen, aber auch zu Marketing-, Zahlungs- und Logistikservices. So erhalten Unternehmerinnen die nötige Unterstützung, um schneller zu wachsen.

MEHR FLEXIBILITÄT

Schließlich erlaubt E-Commerce den Frauen zeitliche und räumliche Flexibilität. Das ist wichtig, weil Frauen besonders viel Care-Arbeit leisten. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) verbringen afrikanische Frauen mehr als dreimal so viel Zeit mit unbezahlter Care-Arbeit wie Männer.

Im Jahr 2021 machte die International Finance Corporation (IFC) eine Studie in Zusammenarbeit mit der Jumia Group und der EU-Kommission. Basis dieser Studie waren Daten zu Verkäufer*innen auf Jumia, einer der größten afrikanischen E-Commerce-Plattformen – in Kenia, Côte d'Ivoire und Nigeria. IFC ist Teil der Weltbankgruppe und auf den Privatsektor in Entwicklungsländern spezialisiert. Ziel der Studie war es, herauszufinden, wie sich die Chancen für Unternehmerinnen im E-Commerce verbessern lassen. Ergebnis: Der afrikanische E-Commerce-Markt könnte zwischen 2025

Foto: Jumia

und 2030 um fast 15 Milliarden Dollar mehr wachsen, wenn Frauen dort genau so viel verkauften wie Männer (IFC, 2021).

Frauen spielen bereits eine wichtige Rolle im E-Commerce in Afrika. Auf der Plattform Jumia gehören ihnen 35 Prozent der Unternehmen in Côte d'Ivoire und 51 Prozent in Kenia und Nigeria. Vergleicht man die gemeldeten Unternehmen auf Jumia mit den Statistiken für das jeweilige Land, so sind auf Jumia die Unternehmen in Frauenhand stärker vertreten. Frauen nehmen also aktiv am E-Commerce teil.

ERFOLG IN MÄNNERDOMINIERTEN SEKTOREN

Durch E-Commerce könnten Frauen in Bereiche vordringen, die bisher eher Männerdomänen waren – und in denen sich gut verdienen lässt. Das ist eine gute Nachricht, denn Geschlechtertrennung innerhalb solcher Bereiche ist eine der Hauptursachen dafür, dass Unternehmerinnen nicht noch profitabler wirtschaften. Laut einem Weltbankbericht erzielen Unternehmerinnen, die in Männerdomänen wechseln, im Schnitt höhere Gewinne als Unternehmerinnen in Frauendomänen (Weltbank, 2022).

Die Studie in Afrika hat das bestätigt. So hielten Frauen beispielsweise mehr als die Hälfte des Marktanteils im Segment Kleidung und Accessoires, erwirtschafteten aber nur ein Drittel des Bruttowarenwerts (Gross Merchandise Value – GMV) des Segments. Umgekehrt hielten sie etwa ein Drittel des Marktanteils im männerdominierten Elektroniksektor, erwirtschafteten dort aber zwei Drittel des GMV. E-Commerce kann Frauen daher in männerdominierten, ertragreichen Branchen Chancen eröffnen und das Wachstum und die Rentabilität ihrer Unternehmen fördern.

HINDERNISSE AUS DEM WEG RÄUMEN

Bis zur gleichberechtigten Teilhabe müssen Frauen in Afrika aber noch einige Hürden überwinden. Vor allem Probleme mit dem Internetzugang und fehlende digitale Kompetenzen hindern sie daran, vom E-Commerce zu profitieren. Schätzungen zufolge nutzen nur 24 Prozent der Mädchen und Frauen in Afrika das Internet, verglichen mit 35 Prozent der männlichen Bevölkerung. Außerdem fehlt es in Afrika an digitaler Kompetenz auf allen Ebenen, vor allem aber im mittleren und fortgeschritteneren Bereich, der entscheidend dafür ist, dass Frauen digitale Technologien nutzen können (Weltbank, 2021).

Diese Lücken zeigen sich daran, wie Frauen E-Commerce-Plattformen nutzen. Die Studie von IFC, Jumia und der EU-Kommission ergab, dass Frauen Angebote der Plattformen zu Schulungen und zum Business-Support eher schätzten als Männer. Eine Unternehmerin in Nigeria berichtete, sie nutze die Schulungen, um zu lernen, wie man Produktbilder hochlädt. Außerdem investieren Frauen seltener als Männer in bezahlte Werbung für ihre Produkte, und sie nutzen Funktionen wie Werbe- und Marketingservices nicht in vollem Umfang.

E-Commerce-Plattformen müssen Unternehmerinnen deshalb dabei unterstützen, zu lernen, das System mit all seinen Funktionen zu bedienen. Das wird nicht nur das Geschäft der Frauen ankurbeln, sondern auch den Plattformen zusätzliche Einnahmen verschaffen – durch die stärkere Nutzung ihrer kostenpflichtigen Werbedienste.

FINANZIERUNG ANGEHEN

Die Finanzierung ist eine weitere Hürde für afrikanische Unternehmerinnen im E-Commerce. Die Probleme für Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen (KKMU) in Frauenhand sind bekannt. Nach Schätzungen der IFC beläuft sich die Finanzierungslücke für Unternehmerinnen in Entwicklungsländern auf 1,7 Billionen US-Dollar.

Die Forschung zu E-Commerce zeigt, dass über 80 Prozent der von Frauen geführten Unternehmen auf Jumia in Kenia, Côte d'Ivoire und Nigeria Kleinstunternehmen sind. Die meisten von ihnen sind zur Unternehmensgründung auf private Ersparnisse angewiesen. Frauen treten der Plattform in der Regel bei, um ein bereits bestehendes Geschäft zu erweitern. Nach der Gründung werden sie meist durch Familie und Freunde finanziert.

Fintech-Angebote wie etwa Kreditservices, die von E-Commerce-Plattformen verwaltet werden, können Verkäufer*innen Zugang zu kurzfristigem Betriebskapital verschaffen. Auf Jumia nutzen nur sieben Prozent der Frauen diese Option, im Vergleich zu elf Prozent der Männer, wobei die Kreditanfragen von Frauen eher genehmigt werden.

Frauen müssen aber nicht nur technologische und fachliche Hindernisse überwinden. Sie neigen auch dazu, Kredite nicht zu beantragen, weil sie ihr eigenes Unternehmen für weniger kreditwürdig halten (African Development Bank Group, 2019). Plattformen und Finanzinstitute können es sich zunutze machen, dass Frauen bereits auf diesen Plattformen aktiv sind. Sie können Frauen, deren Unternehmen in der Wachstumsphase sind, dazu ermutigen, Kredite zu beantragen, und sie in der Nutzung der Fintech-Angebote auf der jeweiligen Plattform schulen. So könnten die Frauen ihre Geschäfte ausweiten und ihre Umsätze steigern. Es könnte sie auch ermutigen, zusätzliche Finanzierungsquellen außerhalb der E-Commerce-Plattformen zu erschließen.

Frauen können mehr gewinnen als verlieren, wenn sie sich stärker am E-Commerce beteiligen. Der Abbau von Hürden beim Internetzugang, bei digitalen Kompetenzen und beim Zugang zu Finanzmitteln wird afrikanischen Unternehmerinnen helfen, von E-Commerce zu profitieren. Zugleich werden sie zum Wachstum des afrikanischen E-Commerce-Marktes beitragen. Eine Win-win-Situation.

LITERATUR

IFC, 2021: Women and e-commerce in Africa. ***https://www.ifc.org/wps/wcm/connect/topics_ext_content/ifc_external_corporate_site/gender+at+ifc/resources/women-and-ecommerce-africa***

World Bank, 2022: Breaking barriers: Female entrepreneurs who cross over to male-dominated sectors. ***https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/36940***

World Bank, 2021: Digital skills: The why, the what and the how. ***https://thedocs.worldbank.org/en/doc/0a4174d70030f27cc66099e862b3ba79-0200022021/original/DSCAP-MethodGuidebook-Part1.pdf***

African Development Bank Group, 2019: Women self-selection out of the credit market in Africa. ***https://www.afdb.org/sites/default/files/documents/publications/wps_no_317_women_self-selection_out_of_the_credit_market_in_africa.pdf***

JAYLAN ELSHAZLY
ist Disruptive Technology acting Lead bei der IFC-Gruppe für Gender und wirtschaftliche Inklusion.
jelshazly@ifc.org

Blick in eine Aufzuchtbox mit jungen Grillen, die in Frankreich ausschließlich für den menschlichen Verzehr gezüchtet werden.

KLIMAKRISE

Neue Wirtschaft, smarte Technologien

Es ist die größte Aufgabe unserer Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und seine Auswirkungen einzudämmen. Gleichzeitig fehlen vielen Menschen dazu die Möglichkeiten, weil sie unterhalb der Armutsgrenze leben. Wirtschaftsinnovationen und neue Technologien sind ein Teil der Lösung.

Von Tian Xia und Nathalie Spath

Für Länder mit geringen Einkommen stellt die Klimakrise eine besondere Herausforderung dar. Einerseits sind sie bereits heute stark von den Auswirkungen betroffen, andererseits haben sie kaum technische und finanzielle Ressourcen, um Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen zu leisten. Doch es liegen auch zahlreiche Chancen in nachhaltigem Wirtschaftswachstum mit weniger Emissionen.

Das Weltwirtschaftsforum prägte 2020 in einem Bericht den Begriff „New Nature Economy“. Die Idee hat das Ziel, die für den Wohlstand einer Bevölkerung benötigten Ressourcen zu verringern und dadurch die Ökosysteme zu schonen.

New Nature Economy bietet ein breites Spektrum an neuen Geschäftsmodellen, die sich innovative Technologie zunutze machen und privates Kapital anziehen. Einige sind bereits erfolgreich. Ein bekanntes Beispiel ist Ökotourismus als verantwortungsbewusste und nachhaltige Art des Reisens. Diverse Marktforschungsstudien schätzten die Marktgröße des Ökotourismus im Jahr 2019 auf circa 180 Milliarden Dollar, mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa zehn bis 15 Prozent.

Ein weiteres Beispiel ist die Insektenzucht als alternative Proteinquelle für Menschen und Tiere. Speiseinsekten haben einen ähnlich hohen Proteingehalt wie Fleisch, brauchen in der Zucht aber deutlich weniger Raum und Energie als andere Nutztiere. Noch sind sie Nischenprodukte, aber in den vergangenen beiden Jahren haben bereits drei Insektenarten die Lebensmittelzulassung in der EU erhalten.

„Zero Waste“ ist mittlerweile zum Schlagwort in den sozialen Medien geworden. So entstehen Bäckereien, die aus alten Broten frische backen, und Textilfabriken, die Baumwolle recyceln und zu neuer Kleidung verarbeiten. Auch Apps, die Restessen aus der Gastronomie vermitteln, helfen, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, und schonen damit die Umwelt. Darüber hinaus wecken naturbasierte Lösungen wie Wasserreinigung über Pflanzenkläranlagen das Interesse von Investoren. Laut Einschätzung des Weltwirtschaftsforums beträgt das Geschäftspotenzial der New Nature Economy bis 2030 jährlich 10,1 Billionen Dollar und könnte 395 Millionen Arbeitsplätze schaffen.

DIGITALISIERUNG UND TECHNOLOGIE ALS VORTEIL

Anhand dieser Beispiele wird klar, dass Technologien bei der Transformation zur New Nature Economy eine Hauptrolle spielen. Der technologische Fortschritt ist eine große Chance für wirtschaftsschwache Länder. Sie können ihr Wachstum auf deutlich verbesserten Technologien aufbauen, während die Industrieländer oft auf Kosten der Umwelt durch die industrielle Revolution gingen.

Laut dem German Institute of Development and Sustainability (IDOS) ist der rasante Anstieg der Emissionen in wirt-

Foto: picture-alliance/dpa/Ansgar Haase

schaftsschwachen Ländern vor allem auf deren steigenden Energiebedarf zurückzuführen, der momentan noch überwiegend aus fossilen Energieträgern gedeckt wird.

Für eine lange Zeit waren hohe Übergangskosten ein großes Hindernis für diese Länder im Hinblick auf die Entwicklung erneuerbarer Energien. Allerdings sind diese Kosten laut der International Renewable Energy Agency (IRENA) etwa durch verbesserte Technologie und wettbewerbsfähige Lieferketten in den letzten zehn Jahren erheblich zurückgegangen. So zeigt die IRENA-Datenbank, dass die Kosten für Strom aus Photovoltaikanlagen zwischen 2010 und 2020 um 85 Prozent gefallen sind, während die Kosten für konzentrierte Solarenergie um 68 Prozent und für Windkraft um 56 Prozent (Onshore) bzw. 48 Prozent (Offshore) sanken.

Es wird erwartet, dass der Trend sich in absehbarer Zukunft fortsetzt. Saubere Energie ist mittlerweile nicht nur erschwinglich, sondern oft sogar wettbewerbsfähiger als fossile Energie. Und der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen bietet für wirtschaftsschwache Länder enormes Potenzial – sowohl zum Einsparen von Kosten als auch von Emissionen.

Es gibt jedoch einige Punkte zu beachten, damit erneuerbare Energien auch wirklich den größtmöglichen Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaften leisten können. Die Produktion von Bauelementen für erneuerbare Energieinfrastruktur erfordert zum Beispiel selbst viel Energie und Materialien. Es ist wichtig sicherzustellen, dass dieser Prozess einen möglichst geringen CO_2-Fußabdruck hinterlässt.

Die Leistung von auf erneuerbaren Energien basierenden Kraftwerken ist stark von Wetterbedingungen abhängig. Deshalb sind auch hier technologische Innovationen unerlässlich, um die Speicherleistung weiter zu verbessern und den Energiemix zu diversifizieren. Nur so können die durch ungünstige Wetterbedingungen ausgelösten Schwankungen in der Stromerzeugung abgemindert werden.

Zudem müssen bei der Planung und Umsetzung von solchen Kraftwerken soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden, um die Interessen aller Beteiligten und Betroffenen in Einklang zu bringen. Zum Beispiel muss es faire Entschädigungen für Menschen geben, die aufgrund des Baus eines Wasserkraftwerks umgesiedelt werden. Im Fall von Projekten wie Offshore-Windparks oder Gezeitenkraftwerken muss der Schutz der Meeresflora und -fauna sichergestellt werden.

Die Digitalisierung mit dem Einsatz smarter Klimatechnologien ist neben der Transition von Energieträgern ist ein weiterer Faktor für grünes Wachstum, Emissionsreduktion und die Abmilderung von Klimarisiken. Eine Studie des deutschen Digitalverbands Bitkom aus dem Jahr 2020 zeigt, dass digitale Technologien bis zu 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen einsparen können. Das größte Potenzial liegt dabei in den Sektoren Energie, Gebäude, Mobilität und Verkehr sowie Landwirtschaft und Industrie.

Unzählige Innovationen sind bereits auf dem Weg. Im Logistiksektor können fahrerlose Elektro-LKWs die Effizienz beim Warentransport steigern und gleichzeitig Emissionen reduzieren. Dank der schnell wachsenden Netzwerkkapazität und verfügbaren Daten können fahrerlose LKWs die beste Route finden, Verkehrssituationen analysieren und mit anderen Fahrzeugen kommunizieren. So vermeiden sie Staus und Unfälle und können ihre Waren in einer effizienteren Weise abliefern. Der Einsatz von Elektrofahrzeugen reduziert den Verbrauch fossiler Energie; und ein verbesserter Verkehrsfluss steigert die Lebensqualität und Verkehrssicherheit und reduziert Abgase.

Auch Smart Farming ist längst Realität. Digitale Geräte können Wetterbedingungen analysieren, das Pflanzenwachstum überwachen, die Bewässerungseffizienz verbessern und den Grundwasserverbrauch reduzieren. Düngerdrohnen erhöhen beispielsweise die Dosiergenauigkeit, senken den Düngerverbrauch und somit auch die Emissionen aus der Düngemittelproduktion.

Intelligente Gebäudetechniken überwachen schon seit einiger Zeit den Energieverbrauch in Häusern und vernetzen dort technische Geräte. Sie steuern beispielsweise Beschattungs-, Heiz- und Kühlsysteme sowie Beleuchtungen und können so den Energieverbrauch optimieren.

Im Energiesektor spielen GreenTechs wie Husk Power Systems eine zunehmende Rolle. Mit finanzieller Unterstützung des deutschen Entwicklungsfinanzierers DEG entwickelt und betreibt Husk kostengünstige Hybridkraftwerke auf Basis erneuerbarer Energien in Nigeria und Indien. Diese sogenannten Mini-Grids ermöglichen es, auch Geräte wie Kühlschränke, Ventilatoren oder Wasseraufbereitungsanlagen zu nutzen. Es handelt sich dabei um eine Reihe von Stromgeneratoren und gegebenenfalls Energiespeichersystemen, die als ein einziges System betrieben werden und mit einem Verteilernetz verbunden sind, das örtlich begrenzt Strom liefert.

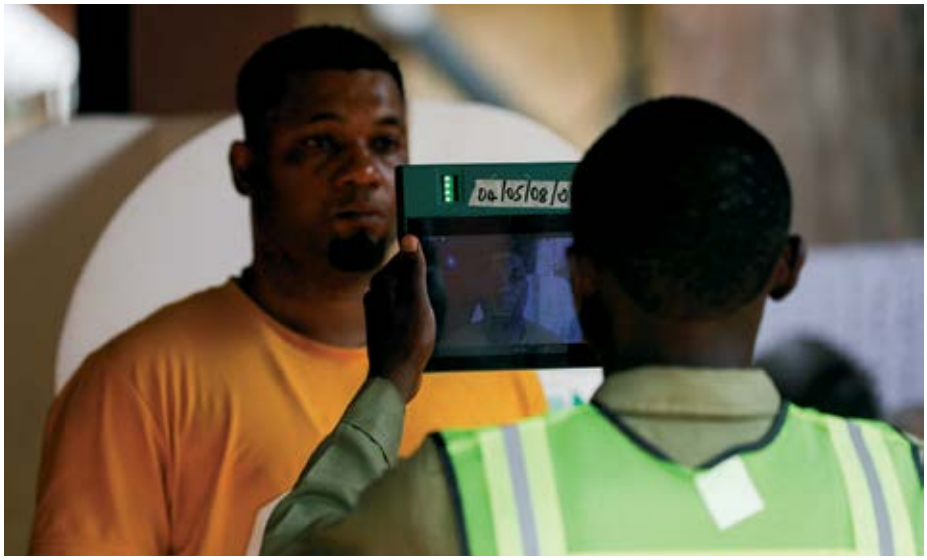
Allerdings werden laut der erwähnten Bitkom-Studie 1,8 bis 3,2 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen durch die Herstellung digitaler Geräte und den Betrieb digitaler Infrastruktur verursacht. Daher ist auch bei digitalen Lösungen wichtig, eine gesunde Balance durch klimafreundliche Hardwareproduktion und optimierten Energiemix für den hohen Energiebedarf von Rechenzentren und Netzwerken zu finden.

LINKS

World Economic Forum, 2020: New Nature Economy Report II: The Future Of Nature And Business.
https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Future_Of_Nature_And_Business_2020.pdf
Bauer, S., et al., 2021: Working together to achieve the Paris climate goals and sustainable development: International climate cooperation and the role of developing countries and emerging economies.
https://www.idos-research.de/uploads/media/Report_DIE_NewClimate__ENGLISH_FullReport.pdf
Bieser, J., et al., 2020: Klimaschutz durch digitale Technologien – Chancen und Risiken. Kurzstudie.
https://www.bitkom.org/sites/main/files/2020-05/2020-05_bitkom_klimastudie_digitalisierung.pdf

TIAN XIA
ist Volkswirtin bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG).
tian.xia@deginvest.de
presse@deginvest.de

NATHALIE SPATH
ist Policy Advisor bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG).
nathalie.spath@deginvest.de
presse@deginvest.de



Digitalisierte Wähleridentifizierung am 25. Februar im Bundesstaat Anambra.

DEMOKRATIE

Unerfüllte Versprechen

Mit Hightech sollte Nigerias Präsidentschaftswahl im Februar transparent und sicher werden. Das misslang.

Von Adaze Okeaya-inneh

In vielen Ländern Afrikas sind Wahlbetrug und Gewalt bei Wahlen nichts Besonders. Manche Länder – etwa Ghana, Ruanda und Kenia – wollen mit moderner Technik Wahlverfahren stärken und Transparenz fördern. Auch Nigeria versucht das, blieb aber bei der jüngsten Präsidentschaftswahl ohne Erfolg. Die Wahlbehörde (INEC – Independent National Electoral Commission) steht daher in der Kritik.

Nigeria ist mit mehr als 210 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Bei früheren Wahlen gab es oft Gewalt, Manipulation und Regelwidrigkeiten. 2023 sollte es anders werden. Die Wählenden sollten im ersten Wahlgang am 25. Februar den nächsten Präsidenten und die Mitglieder der Nationalversammlung wählen und zwei Wochen später mehrere Bundesstaaten-Gouverneure.

Doch es lief nicht wie geplant. Die Wahlen zur Nationalversammlung verliefen ordentlich, aber die Präsidentschaftswahl endete im Chaos. Drei Tage nach der Abstimmung erklärte die INEC Bola Ahmed Tinubu zum Sieger – was aber umstritten bleibt. Die beiden Oppositionsführer, die auf Platz zwei und drei kamen, wollen das Ergebnis vor Gericht anfechten (siehe Prince Thompson auf Seite 15 dieser Digitalen Monatsausgabe). Der Verdacht der Manipulation und des Betrugs ist groß – auch weil die Nationalversammlungswahl ohne große Probleme verlief.

Gut ist, dass sich die Oppositionsführer für einen geordneten Prozess entschieden haben. Die institutionelle Ordnung des Landes scheint damit, trotz Frust in der Bevölkerung, nicht bedroht zu sein. Angesichts des problematischen Ablaufs der Präsidentschaftswahl wurden die Gouverneurswahlen auf Ende März verschoben und verliefen in technischer Hinsicht weitgehend ordentlich.

Zwei Hightech-Tools sollten Transparenz bei den Wahlen schaffen. Das BVAS (Bimodal Voter Accreditation System) und das IREV (INEC Result Viewing Portal). Sie wurden bei den diesjährigen Wahlen erstmals bundesweit eingesetzt.

Das BVAS hat drei Funktionen:

- Registrierung der Wählenden vor den Wahlen,
- Identitätsbestätigung der Wählenden vor Stimmabgabe und
- Hochladen der Ergebnisse auf das IREV am Wahltag.

Elektronische Geräte lesen die persönlichen Daten und bestätigen, dass die betreffende Person wahlberechtigt ist. Das System verwendet Gesichts- und Fingerabdruckerkennung. Für regelmäßige Software-Updates sowie bequeme Downloads und Uploads benötigt es eine 4G-Netzabdeckung.

Das BVAS wurste erstmals 2021 bei den Regionalwahlen in den Bundesstaaten Delta und Anambra und 2022 im Territorium der Bundeshauptstadt getestet. Es gab Klagen, dass die Maschinen Gesichter und Daumen der Wählenden nicht immer erkannten. Laut INEC wurden die Probleme jedoch behoben. Die Behörde tat Bedenken vor der Präsidentschaftswahl ab. Dennoch traten die gleichen Fehler wieder auf.

IREV ist das Speichersystem, auf das die Ergebnisse am Wahltag hochgeladen werden sollen. Es wurde erstmals 2020 bei einer Nachwahl im Bundesstaat Nasarawa eingesetzt.

THEORIE UND PRAXIS

Theoretisch sollte es in den Wahllokalen so ablaufen: Nach Ende der Stimmabgabe zählen ein INEC-Beamter oder eine INEC-Beamtin die Stimmzettel aus. Im Beisein von Vertretern der konkurrierenden politischen Parteien unterzeichnet er oder sie dann die Ergebnisliste, fotografiert sie mit dem BVAS und lädt sie auf IREV hoch. So können die nationalen Ergebnisse schnell und transparent ermittelt werden. Natürlich werden die Wahlergebnisse auch offline dokumentiert, so dass spätere Überprüfungen stets möglich bleiben.

Das klingt theoretisch gut, funktionierte in der Praxis aber nicht. Die Präsidentschaftswahl säumten viele Probleme:

- In vielen Wahllokalen trafen sowohl INEC-Personal als auch Wahlmaterial verspätet ein. An manchen Orten, wo aufständische Milizen aktiv sind, erschienen die INEC-Leute gar nicht.
- Einige INEC-Leute waren offenbar schlecht geschult. Während der Wahl behaupteten einige gut ausgebildete Mitarbeitende, sich nicht an das Passwort des IREV-Portals zu erinnern. Womöglich sabotierten sie auf diese Weise die Wahlen.

Foto: picture-alliance/REUTERS/Temilade Adelaja

- Es wurde berichtet, dass die BVAS-Geräte in einigen Wahllokalen nicht funktionierten, so dass manchen Bürgern und Bürgerinnen das Stimmrecht entzogen wurde. Im Bundesstaat Rivers konnte das BVAS zunächst selbst Gouverneur Nyesom Wike nicht erfassen. Vor allem eineiige Zwillinge wurden oft nicht als wahlberechtigt anerkannt.
- Die Internetanbindung war unzureichend. Abgelegene Orte haben kein 4G-Netz.
- Trotz Hightech konnten die nationalen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen nur langsam zusammengestellt werden und wurden erst drei Tage später veröffentlicht.

Fest steht, dass es in Nigeria wieder Gewalt und großangelegten Wahlbetrug gab. Als die INEC die Ergebnisse bekannt gab, folgte öffentliche Empörung. Die offiziellen Ergebnisse stimmten zu oft nicht mit dem überein, was auf IREV hochgeladen worden war. Zwei Oppositionsparteien beschuldigten die INEC prompt der Komplizenschaft bei der Wahlmanipulation.

Es ist erklärungsbedürftig, dass es bei den Wahlen zur Nationalversammlung diese Probleme nicht im selben Ausmaß gab. Möglicherweise waren die Ergebnisse der Wahlkreise nicht kontrovers, so dass sich schnell ein klares Gesamtbild ergab. Es ist aber eher zu vermuten, dass die Präsidentschaftswahl absichtlich gestört wurde, während die Wahl der Parlamentsabgeordneten korrekt verlief.

BVAS und IREV waren fraglos ineffektiv – aufgrund von Manipulation oder wegen des Versagens der INEC, die Anwendungen vor ihrem Einsatz ordnungsgemäß zu prüfen. Nun vertrauen die Menschen in Nigeria der Wahlbehörde noch weniger. Geringes Vertrauen führt jedoch zu niedriger Wahlbeteiligung, die ohnehin sehr niedrig ist. Sie sank von 35 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 2019 auf etwa 29 Prozent in diesem Jahr.

Die Wahlbehörde hatte vier Jahre Zeit und reichliche Mittel, um die Wahl vorzubereiten. Es beruhigt kaum jemanden, dass INEC-Kommissar Festus Okoye sagt, die technischen Probleme seien für künftige Wahlen behoben.

Digitale Technik dürfte künftig eine größere Rolle in Politik und bei Wahlen spielen. Aber selbst die besten Geräte und Systeme bringen nichts, wenn sie stümperhaft oder absichtlich falsch genutzt wird. Die Menschen in Nigeria haben Besseres verdient.

ADAZE OKEAYA-INNEH
ist Journalistin und Drehbuchautorin.

adazeirefunmi@gmail.com

SHARE YOUR VIEWS ON OUR PLATFORM!

If you have a thought you would like to share on our platform, please get in touch with the editorial office and send us a short proposal of 10 sentences or so in which you outline your main thesis and supporting arguments.

We believe that voices from **Africa, Asia and Latin America** must be heard in global debate. We would like to increase the number of contributions from **Africa and the Arab region**. Therefore, we encourage journalists, civil-society experts and academics in countries concerned to write for us. We are especially interested in **women's point of view**.

Nonetheless, this invitation applies to everyone, regardless of gender or nationality. We need correspondents everywhere, and are keen on closing some evident gaps. We pay a modest financial compensation for articles. If you would like to contribute, please send an e-mail to: **euz.editor@dandc.eu**.

DEVELOPMENT AND COOPERATION | D+C

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | E+Z

Angesichts russischer Angriffe auf große Infrastruktur in der Ukraine ist der Zugang zu Behörden über Mobiltelefone praktisch.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Bedürfnisse der Menschen in den Fokus rücken

Wenn es gut gemacht ist, kann E-Government Verwaltungsdienstleistungen für Bürger*innen verbessern und gleichzeitig den Beamt*innen die Arbeit erleichtern. Kenia und Malaysia sind zwei Länder, die nützliche Webportale für den Zugang zu Behörden eingerichtet haben.

Von Charles Martin-Shields

E-Government bedeutet, dass zuvor im direkten Kontakt erbrachte Verwaltungsdienstleistungen auf Internetplattformen verlagert werden. Das kann die Erfahrungen, die Bürger*innen mit Behörden machen, verbessern. Zudem steigert es die Effizienz, wenn bestimmte Aspekte der Verwaltung über eine Smartphone-App oder einen Webbrowser auf einem Laptop abgewickelt werden können.

Es muss aber geklärt werden, was mit „Effizienz“ gemeint ist und wer genau davon profitieren soll. Ist Effizienz abhängig von Zeitersparnissen aufseiten der Bürger*innen, wenn sie aus der Ferne mit Behörden kommunizieren? Oder geht es um Kosteneinsparungen in der öffentlichen Verwaltung? In einer Demokratie sollte die Erfahrung der Bürger*innen am wichtigsten sein.

Gut gestaltetes E-Government verbessert Verwaltungsdienstleistungen und erleichtert gleichzeitig Beamt*innen die Arbeit. Effizienzgewinne sind spürbar, wenn Menschen nicht zum Amt gehen müssen, um ihre Steuern einzureichen, einen Führerschein zu beantragen oder ihre Kinder zur Schule anzumelden. Beamt*innen müssen Routineaufgaben nicht mehr im direkten Kontakt erledigen. Die dadurch frei gewordene Zeit können sie in die Bearbeitung komplexerer Anfragen investieren, die mehr Fingerspitzengefühl erfordern.

In Deutschland zum Beispiel könnte E-Government einen Mehrwert bei den Einwanderungsbehörden schaffen. In vielen Gemeinden müssen alle Dienstleistungen persönlich erledigt werden, einschließlich neuer Aufenthaltsgenehmigungen, Asylanträgen und Visumsverlängerungen. Ein E-Government-Portal wäre nützlich für relativ einfache Aufgaben wie die Verlängerung von Visa von ausländischen Einwohnern. Sachbearbeiter*innen hätten dann mehr Zeit, sich auf komplexe Fälle wie Asylanträge zu konzentrieren.

Potenzielle Kosteneinsparungen werden hier aus zwei Gründen nicht erwähnt:

- Erstens sind hochwertige E-Government-Plattformen nicht billig in Aufbau und Wartung. Die öffentliche Verwaltung bleibt komplex, auch wenn sie digitalisiert wird. Schlecht konzipierte E-Government-Plattformen schaffen nur neue Frustrationen. In Ländern mit sehr begrenzten Mitteln können schlecht funktionierende E-Government-Ansätze sogar den Stress der Mitarbeiter*innen erhöhen und von der Erbringung bürgernaher Dienstleistungen ablenken – besonders auf kommunaler Ebene.
- Zweitens sollten elektronische Verwaltungsdienste Mitarbeiter*innen nicht ersetzen, sondern sie so ergänzen, dass ihre Routinearbeit reduziert wird und sie sich auf anspruchsvollere Aufgaben konzentrieren können.

E-GOVERNMENT IN DER PRAXIS

E-Government versteht man am besten aus der Praxis heraus. Hier sind einige Beispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

In Ländern mit mittleren Einkommen gibt es immer mehr einfache nationale E-Government-Portale. Kenias „eCitizen“-Portal umfasst Standarddienste wie die Beantragung von Personalausweisen und Führerscheinen, die Eintragung ins Eheregister, die Eintragung von Grundbesitz sowie Steuerangelegenheiten. Das „MyGOV“-Portal in Malaysia funktioniert ähnlich und ermöglicht Bürger*innen, sich unter anderem für die Schule anzumelden, zu heiraten, Steuern zu zahlen und Zugang zum Gesundheitswesen zu erhalten. Diese Beispiele zeigen, wie Standardaufgaben der Bürgerverwaltung – individuelle Bürgerdienste und Dienste für Unternehmen – über ein einziges Webportal zentralisiert werden.

Togo, eines der ärmsten Länder weltweit, führte während der Covid-19-Pandemie ein Grundeinkommen ein. Beantragung und Auszahlung erfolgten über das Mobiltelefon.

Foto: picture-alliance/Photoshot

E-Government erleichtert in Kenia das Leben auf dem Land.

Das kolumbianische Projekt „Kioscos Vive Digital“ wird vom Ministerium für Informations- und Kommunikationstechnologien durchgeführt und von der UNESCO (UN Educational, Scientific and Cultural Organization) unterstützt. Es ist ein kreativer Bottom-up-Ansatz für digitales Bürgerengagement. Menschen aus verschiedenen Gemeinden konnten online berichten, wie sie das Internet allgemein sowie speziell im Kontakt mit Behörden nutzen. Die Idee war, die verschiedenen Internetkulturen in Kolumbien zu verstehen und lokalspezifische Erkenntnisse für mögliche Verbesserungen zu gewinnen.

E-Government-Systeme werden auch unter extremen politischen Bedingungen eingeführt. Das ukrainische „Diia“ ist ein Portal, über das Bürger*innen via Handy auf die Dienste von Ministerien zugreifen können. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges, in dem auch die Infrastruktur der Ukraine zum Ziel wird, ist ein dezentrales Verwaltungssystem auf Basis von Mobiltelefonen praktisch.

Das Portal hat auch politische Implikationen. Westliche Regierungen unterstützen die Ukraine mit Geld und Militärgerät und bestehen auf Transparenz- und Antikorruptionsmaßnahmen. E-Government-Systeme können solchen Bedenken begegnen, wenn sie gut konzipiert und umgesetzt werden.

Das ist einer der Gründe, warum sich bilaterale und multilaterale Entwicklungsagenturen für E-Government interessieren. USAID, die bilaterale Agentur der US-Regierung, unterstützt Diia in der Ukraine. Die deutsche GIZ fördert derzeit mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Programm zum Aufbau eines umfassenden E-Government-Systems in Ägypten.

Sowohl USAID als auch die GIZ konzentrieren sich tendenziell auf Instrumente, die den Bedürfnissen der Bürger*innen entsprechen, sodass Programme und Systeme entsprechend konzipiert werden. Auf dieser Grundlage sollen die Regierungskapazitäten verbessert werden. Es braucht ein Gleichgewicht zwischen den internen Kapazitäten der öffentlichen Einrichtungen und der externen Beauftragung von Softwareunternehmen, die Programme anpassen oder neu entwickeln sollen.

Wichtig ist auch, den politischen Kontext, in dem ein E-Government-System eingesetzt werden soll, kontinuierlich zu bewerten. Ob eine Regierung Menschenrechte, Privatsphäre und Transparenz achtet, hat erheblichen Einfluss darauf, ob E-Government die Lebensqualität der Bürger verbessert oder beeinträchtigt. Wenn demokratische Regeln nicht etabliert oder instabil sind, kann es schwierig sein, zu entscheiden, welche Art von E-Government-Projekt unterstützt werden soll. Generell werden E-Government-Ansätze dort die besten Ergebnisse liefern, wo Menschen den staatlichen Institutionen vertrauen. Wo sie Repressionen befürchten, werden sie den Kontakt auf das absolute Minimum reduzieren und versucht sein, falsche Informationen einzugeben.

Multilaterale Organisationen können bei der Entwicklung und Umsetzung von E-Government-Strategien unterstützen. Die Information Solutions Group der Weltbank beaufsichtigt die Beratungspraxis im Bereich E-Government und berät bei der Integration digitaler Lösungen in staatliche Verfahren und die Wirtschaftsverwaltung. Das Modell basiert auf Konsultationen und Wissensaustausch und hilft Partnerländern, Bedürfnisse zu identifizieren, Finanzierung zu organisieren und neue Technologien in staatliche Verfahren zu integrieren.

Zudem überwachen die Vereinten Nationen den Stand der E-Government-Entwicklung in den Mitgliedsländern. Der UN E-Government Development Index (EGDI) liefert länderübergreifende Vergleichsdaten.

E-Government kann die Beziehung zwischen Menschen und Behörden deutlich verbessern. Das Wichtigste ist, dass die Dienste bürgerorientiert sind. Es braucht vollständig inklusive Systeme. Investitionen in E-Government dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die auf persönliche Dienstleistungen angewiesen sind – diejenigen etwa, die ein neues Papierdokument brauchen oder keinen Internetzugang haben. Andererseits erscheinen E-Government-Lösungen besonders vielversprechend in Entwicklungsländern, die nicht über die Erblast der öffentlichen Verwaltungssysteme verfügen, die die Länder im globalen Norden prägen. Wo öffentliche Dienste schlecht sind, kann digitale Technologie schnell Abhilfe schaffen.

In Kenia beispielsweise ist die Eintragung ins Eheregister eine der wichtigsten Dienstleistungen, die man auf der eCitizen-Website wahrnehmen kann. Eheschließung steht vielleicht nicht oben auf der Agenda der Geberländer. Für ein kenianisches Paar auf dem Land ist sie jedoch sehr wichtig, weil eine praktikable E-Government-Lösung bedeutet, dass es keine umständliche Reise in die nächste Stadt machen muss.

CHARLES MARTIN-SHIELDS ist Senior Researcher am German Institute of Development and Sustainability (IDOS) in Bonn.

charles.martin-shields@idos-research.de

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Dong Jianghui

HUMANITÄRE HILFE

Digitale Plattform erleichtert Nothilfe

Im Katastrophenfall nutzt die Hilfsorganisation World Vision das System „Last Mile Mobile Solutions", um Bedürftige zu registrieren und ihnen Hilfe zukommen zu lassen. Damit gehen neue Herausforderungen einher, etwa hinsichtlich des Datenschutzes.

Von Melanie Assauer, Eric Kiruhura und Chris Jansen

Um im Katastrophenfall schnell und effizient Hilfe leisten zu können, sind humanitäre Akteure auf zuverlässige Informationen angewiesen. Das gilt auch für die christliche Hilfsorganisation World Vision, die zahlreiche Länderbüros weltweit unterhält, unter anderem in Deutschland. Wir müssen im Ernstfall wissen: Wer ist wie betroffen? Wem kann wie geholfen werden? Was sind die dringendsten Bedarfe?

Kommt es beispielsweise zu einer Flutkatastrophe, senden wir binnen 72 Stunden ein Team in das betroffene Gebiet, um Soforthilfe zu leisten und eine erste Analyse des Schadens vorzunehmen. Im weiteren Verlauf eruieren wir, welche Hilfe am dringendsten benötigt wird. Zum Beispiel sind oft Wasserleitungen beschädigt und Nahrungsketten oder Märkte funktionieren nicht mehr. Solche Informationen bestimmen etwa, inwiefern wir Wassertrucks organisieren oder Nahrungsmittel verteilen müssen.

Wenn Märkte weiterhin funktionieren, verteilen wir oft Bargeld oder Gutscheine. Betroffene können so selbst entscheiden, was sie am dringendsten benötigen. Das ist würdevoller und oft auch effektiver.

Gemeinsam mit der örtlichen Verwaltung legen wir fest, wer am dringendsten Zuwendungen benötigt, und machen diese Menschen ausfindig. Dies können Alleinerziehende sein, Haushalte mit mehr als drei Kindern, Menschen mit Behinderung oder Ältere. Wir von World Vision registrieren sie dann als Hilfsempfänger*innen. So stellen wir sicher, dass die Hilfe genau diese Menschen erreicht. Haben sie die Hilfe erhalten, zeichnen sie gegen.

Das ist wichtig, um den Umfang und die Qualität der Maßnahmen zu gewährleisten, aber auch für die sachgerechte Prüfung des Einsatzes von Spenden und staatlichen Fördermitteln. Wir müssen unserer Rechenschaftspflicht nachkommen gegenüber jenen, die uns finanziell unterstützen, und sicherstellen, dass ihre Investition die vorgesehenen Empfänger*innen erreicht. Unter Leitung der Regierung und von UN-Organisationen wird zudem darauf geachtet, Dopplungen bei der Verteilung von Hilfen zu vermeiden.

In der Vergangenheit haben wir die meisten dieser Vorgänge mit Papier und Stift erledigt und manuell zusammengeführt. Allerdings kostete die Transkription der Informationen Zeit und war fehleranfällig. Es entstanden Massen von Papierordnern, die langwierig eingescannt werden mussten. Die zuverlässige Sicherung der Dokumente war eine Herausforderung.

World Vision war deshalb eine der ersten humanitären Organisationen, die digitale Hilfsmittel für Registrierung, Verteilung und Berichterstattung in der humanitären Hilfe und speziell in Katastrophenfällen entwickelt hat. Unsere Plattform „Last Mile Mobile Solutions (LMMS)" ermöglicht offline eine mobile, digitale, nichtphysische Erfassung. So ist eine rechtzeitige und genaue Registrierung gewährleistet. Seit 2008 hat LMMS mehr als 10 Millionen Begünstigte registriert und über 100 Millionen Dollar an Bargeldverteilungen verwaltet. Es wird in mehr als 30 Ländern und von über 20 verschiedenen Organisationen weltweit eingesetzt (siehe Kasten).

Wir speichern nur die nötigsten Daten und geben sie nur weiter, wo dies notwendig ist, um eine Person bei der Verteilung zu identifizieren und die für sie festgesetzte Maßnahme zu verifizieren. Zu diesen Daten gehören Foto, Name, Anzahl der Familienmitglieder, oder – wenn vorhanden – eine Identifikationsnummer.

Nach der Registrierung auf der LMMS-Plattform bekommen die Empfänger*innen eine ID-Karte, mit der sie die ihnen zustehenden Hilfen – etwa Waren oder Bargeld – an den Ausgabestellen von World Vision einlösen können. Die ID-Karte kann, je nach festgelegter Form der Zuwendung, auch genutzt werden, um bei einer Bank Zugriff auf

Bargeldverteilung mit LMMS während einer Dürreperiode in Äthiopien.

Foto: World Vision

ein Bankkonto zu bekommen. So können die Menschen selbstständig entscheiden, wann sie wie viele Barmittel abholen. Digitale Geldtransfers sind insbesondere dann hilfreich, wenn Menschen aufgrund der Katastrophe fliehen, sich also in Bewegung befinden.

In Kooperation mit staatlichen Institutionen können wir auch in bestehende Rentensysteme einzahlen, so dass Empfänger*innen die Hilfe auf ihr Rentenkonto bekommen. Voraussetzung für diese Art von Hilfe ist, dass Bankensysteme funktionieren und in soziale Sicherungssysteme eingezahlt wird.

LMMS hilft uns sehr dabei, Menschen in schwer zugänglichen Gebieten zu erreichen. Dank Offline-Fähigkeit und geringen Anforderungen an die Konnektivität sind wir nicht von Breitband- oder Wi-Fi-Abdeckung abhängig. Dennoch können wir Transaktionen direkt dort erfassen und verwalten, wo sich die Menschen befinden – auf der „letzten Meile". Beispielsweise können wir in abgelegenen Orten einen Hotspot nutzen, um Datensätze auf einen Datenträger zu speichern. Sobald wieder Internet vorhanden ist, werden sie dann automatisch ins zentrale System im Landesbüro eingespielt.

DATENSOUVERÄNITÄT IST WICHTIG

So wichtig der technische Fortschritt für unsere Arbeit ist, so wichtig ist es auch, dass Menschen nicht zu Daten oder „gläsern" werden – und damit schutzloser, als sie es ohnehin sind. Vielmehr ist ihre Würde zu achten, und sie sollten mit ihren individuellen Bedarfen betrachtet werden. Die Datenfreigabe sollte daher freiwillig bleiben und nicht in Abhängigkeit zur Hilfe stehen, die eine Person benötigt. Empfänger*innen müssen vor Datenmissbrauch geschützt sein, vor allem an Orten, wo marginalisierte und bedürftige Menschen von ihrer eigenen Regierung verfolgt werden.

World Vision und andere Akteure setzen deshalb verstärkt auf Fortbildungen zur digitalen Kompetenz – sowohl für unsere Teams als auch für die Empfänger*innen. Wir klären darüber auf, weshalb wir Daten sammeln, was wir damit tun, wann wir sie löschen und welche Rechte die Menschen in Bezug auf ihre Daten haben. Hier beziehen wir uns auf UN-Menschenrechtsabkommen, erläutern aber auch nationale Gesetzeslagen.

Empfänger*innen sollten zudem selbst bestimmen können, welche Daten wann an wen weitergegeben werden. Wir nutzen dafür bereits eine App, die auf Smartphones installiert und – wie auch LMMS – in viele Sprachen übersetzt werden kann.

Darüber hinaus initiiert World Vision derzeit ein Projekt, um die dezentralisierte Datennutzung zwischen internationalen Organisationen voranzutreiben. Ziel ist es, internationale Standards für den ethischen, effizienten und systematischen Datenaustausch bei der Verteilung von Bargeld oder Gutscheinen zu entwickeln. Wir tun das im Rahmen des Collaborative Cash Delivery Networks, einer Plattform von 14 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihre Bargeldprogramme verbessern möchten. Das Projekt wird gefördert durch Mittel der Europäischen Kommission. Ein Testlauf ist für 2023 in Südsudan innerhalb eines Nothilfeprojektes geplant.

LINK
Collaborative Cash Delivery Network:
https://www.collaborativecash.org/

MELANIE ASSAUER
ist Senior-Koordinatorin für humanitäre Hilfe bei World Vision Deutschland.
melanie.assauer@wveu.org

ERIC KIRUHURA
ist bei World Vision International für Digitale Systeme zuständig.
eric_kiruhura@wvi.org

CHRIS JANSEN
ist Senior Director für Katastrophenmanagement, Advocacy und Finanzhilfen bei World Vision International.
chris_jansen@wvi.org

Digitale Unterstützung für die Ukraine

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 setzt die Hilfsorganisation World Vision dort ihre digitale Plattform „Last Mile Mobile Solutions (LMMS)" ein (siehe Haupttext). Auf diese Weise erhielten bisher mehr als 20 000 Binnenvertriebene, Geflüchtete und Mitglieder von Gastgemeinden in der Ukraine und Rumänien dringend benötigte monetäre Hilfe. In Zusammenarbeit mit lokalen Hilfsorganisationen und Kirchengemeinden hilft World Vision Geflüchteten im Westen der Ukraine, in der Hauptstadt Kiew, an den Grenzen oder in der rumänischen Hauptstadt Bukarest – aber insbesondere auch in den kriegsbedingt teils unzugänglichen Regionen im Osten der Ukraine.

LMMS hat eine schnellere Bereitstellung der humanitären Hilfe ermöglicht. Zudem hat es World Vision geholfen, für die anvertrauten Gelder rechenschaftspflichtig zu sein. Und es hat sichergestellt, dass die persönlichen Daten der Projektteilnehmer*innen gesichert und geschützt sind.

Derzeit wird LMMS für weitere Projekte von World Vision in der Ukraine, Rumänien, Moldawien und Georgien eingesetzt. Neben Bargeldmitteln geht es hier auch um die Verteilung von Lebensmittelpaketen, die Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften oder Sofortfinanzierungen spezieller Bedarfe. Dazu gehören etwa Transportkosten zu therapeutischen Maßnahmen für Kinder, die Kriegstraumata verarbeiten müssen. MA, EK, CJ

WORLD WIDE WEB

Weniger Freiheit im Internet

Wie ein aktueller Bericht der Menschenrechtsorganisation Freedom House zeigt, nimmt die Freiheit im Internet seit zwölf Jahren ständig ab. Die schlimmsten Rückschläge gab es zuletzt in Russland.

Von Roli Mahajan

Der Bericht trägt den Titel „Freedom on the Net 2022“ und zeigt, dass mehr Staaten denn je Freiheit im Internet begrenzen – durch Abschalten, Zensur von Inhalten, Überwachung sowie Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Äußerungen. Weil auch Privatunternehmen im Netz erheblich an Macht gewonnen hätten, fordert Freedom House mehr Transparenz.

Die Studie beruht auf einer Untersuchung von 70 Ländern mit 89 Prozent der Netznutzenden.

Die aktuelle Ausgabe der jährlichen Berichtserie untersucht 70 Länder, in denen 89 Prozent der Internetnutzenden leben. Den Daten zufolge sind mehr als zwei Drittel davon an Orten, wo freie Meinungsäußerung im Netz begrenzt ist. In 28 Ländern habe sich die Lage im Untersuchungszeitraum verschlechtert, und in mindestens 53 Ländern drohten wegen Äußerungen im Netz teils erhebliche rechtliche Konsequenzen.

Manche Staaten wollen das globale Netz entlang nationaler Grenzen spalten. In 47 Ländern schirmen Behörden laut Freedom House die Bevölkerung von Inhalten ausländischer Quellen ab. Der Zugang zu internationaler Information ist somit in über zwei Dritteln der untersuchten Länder eingeschränkt.

Wie Freedom House berichtet, haben mehr als 20 Staaten Gesetze vorbereitet oder vor Kurzem verabschiedet, die Überwachung erleichtern. Ruandas Datenschutzgesetz von 2021 zwinge Unternehmen beispielsweise dazu, Nutzerdaten im Inland statt im Ausland zu speichern. Derweil habe Indien VPN-Netze unterbunden, mit denen sich das World Wide Web ohne Identitätspreisgabe nutzen lässt.

UNTERDRÜCKTE MENSCHENRECHTE

Die schlechtere Situation im Netz – so Freedom House – spiegelt oft umfassendere Unterdrückung von Menschenrechten wider. Auch konventionelle Medien und bürgerliche Freiheiten stünden unter Druck, sodass der Raum für von Regierungspositionen abweichende Meinungen schwinde.

Seit der Invasion in die Ukraine ist die Internetfreiheit in Russland dem Bericht zufolge auf ein Rekordtief gesunken. In China sei die Lage aber zum achten Mal in Folge am schlimmsten gewesen. Die Zensur sei während der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking schärfer geworden. Darüber hinaus hielten neue Vorgaben, Algorithmen im Sinne der herrschenden Ideologie einzusetzen, die boomende Techbranche in Schach.

Freedom House weist darauf hin, dass chinesische und russische Diplomaten die Internationale Fernmeldeunion (ITU) und andere internationale Institutionen zu globalen Regulierungsbehörden zum Zweck autoritärer Herrschaft umwandeln wollen. Sie sollen dabei einige Fortschritte gemacht haben.

Andererseits stelle sich eine Gruppe von Demokratien gegen den autoritären Trend, schreiben die Autoren. Die USA setzten sich in jüngerer Zeit wieder vielversprechend für Cyberdemokratie ein. Die EU sei beim Schutz der Privatsphäre und der Reduktion von Schadensrisiken bei Onlineaktivitäten vorangekommen.

Während Internetfreiheit insgesamt zurückging, wie Freedom House ausführt, ist die Lage in 26 Ländern besser geworden. Als Beispiele genannt werden Gambia und Simbabwe. Die Menschenrechtsorganisation lobt die US-Regierung für ihr internationales Engagement, erkennt aber im Land selbst Gesetzgebungsmängel, sodass Menschenrechte im Netz nicht umfassend geschützt seien.

Laut Freedom House sollten Zivilgesellschaft, Gerichte und demokratisch gesinnte Politiker sich im Kampf für Internetfreiheit verbünden. Auch der Privatsektor müsse seine Rolle spielen. Die Moderation von Inhalten auf Social-Media-Plattformen wird als sehr wichtig bezeichnet. Meinungsfreiheit werde nämlich destruktiv, wenn der öffentliche Diskurs unglaubwürdig werde. Desinformation gefährde Demokratie und Menschenrechte – und sei im Internet weitverbreitet.

Freedom House besteht darauf, dass Demokratien Internetfreiheit nicht nur in multilateralen Kontexten fördern dürften. Sie müssten das auch im Inland tun. Sonst untergrüben Mängel in der Innenpolitik – wie etwa unzureichende Regulierung – die Werte, für die sie international einträten.

LINK

Freedom House: Freedom on the Net 2022 – Countering an authoritarian overhaul of the internet.
https://freedomhouse.org/sites/default/files/2022-10/FOTN2022Digital.pdf

ROLI MAHAJAN
ist freiberufliche Journalistin und lebt im indischen Lucknow.
roli.mahajan@gmail.com

Berliner Innenstadtverkehr: Am Lenkrad verarbeiten Menschen komplexe Informationen.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Chatbots können nicht denken

Neue KI-Systeme schreiben erstaunlich gute Manuskripte. Manche Chatbots stehen online zur Verfügung. Diese Technik wird weitreichende Folgen haben, wobei die Bedeutung guter Bildung zu- und nicht abnimmt. Chatbots dürften zudem konventionelle Narrative nicht infrage stellen, sondern bestätigen.

Von Hans Dembowski

Künstliche Intelligenz (KI) ist seit Längerem ein heißes Thema. Bisher waren die Resultate eher mittelmäßig. Das hat System. KI-Algorithmen ermitteln nämlich auf der Basis riesiger Datensätze, wie die Menschen auf bestimmte Signale in bestimmten Situationen meist reagieren. Die Programme imitieren menschliche mentale Prozesse, indem sie deren durchschnittliche Ergebnisse reproduzieren.

Das ist auch oft sinnvoll. Es ist gut, wenn sich selbstfahrende Autos wie durchschnittliche Autofahrer*innen verhalten, denn dann gibt es kaum Unfälle. Gefährlich fahren dagegen Personen, die müde oder berauscht sind oder die rasen und Verkehrsregeln missachten.

Das große Problem bei der Programmierung solcher Autos ist, alle Signale zu erfassen, die Menschen sinnlich wahrnehmen – was sie sehen, was sie hören und sogar, was sie riechen, wenn zum Beispiel Sprit austritt. Dabei müssen sie das komplexe Straßengeschehen, Verkehrsschilder und das Armaturenbrett im Auge behalten. All diese Daten zu sammeln ist schwierig, aber auf ihrer Basis Durchschnittsentscheidungen zu treffen, ist richtig.

CHATBOTS

Eine neue Art von KI-System macht seit vier Monaten Schlagzeilen. Diese Chatbots produzieren Text. Mit ihnen ist Austausch möglich, und sie akzeptieren auch kleine Aufträge. Am bekanntesten ist vermutlich ChatGPT von OpenAI, einer gemeinnützigen kalifornischen Firma mit gewinnorientiertem Ableger. Der bekannteste Investor ist Microsoft.

ChatGPT ging Ende November online. Zur Nutzung waren schnell mehr als 100 Millionen Menschen registriert, und ihre Zahl wächst rasant weiter. Wegen des hohen Andrangs muss, wer sich neu registrieren will, manchmal recht lange warten. Nach der Registrierung lässt sich das Programm dann aber auffordern, Briefe, Aufsätze oder sogar Gedichte zu schreiben. Die Ergebnisse sind erstaunlich gut.

ChatGPT ist dennoch ein konventionelles KI-System. Es denkt nicht kreativ, sondern reiht entsprechend der Wahrscheinlichkeit, die sich aus der statistischen Auswertung seines riesigen Datensatzes ergibt, Wort an Wort. Wer das bezweifelt, sollte lesen, was der prominente Linguist Noam Chomsky mit zwei Autoren kürzlich in der New York Times schrieb. Die Überschrift lautete: „Das falsche Versprechen von ChatGPT“.

Derzeit lässt sich sagen, dass Chatbots Manuskripte produzieren, wie sie informierte Internetnutzende im Schnitt zu einem bestimmten Thema verfassen würden. ChatGPT hat einige Abiturklausuren bestanden, wobei die Ergebnisse eher durchschnittlich als exzellent waren. Das überrascht nicht, weil das Programm ja typische menschliche Entscheidungen repliziert. ChatGPT liefert weder die intelligenteste noch die relevanteste Lösung.

Für die Alltagspraxis sind durchschnittliche Lösungen meistens gut genug. Vermutlich werden viele Menschen aufhören, Suchmaschinen wie Google zu benutzen, weil der Austausch mit dem Chatbot bequemer ist. Er beantwortet Fragen direkt und erspart Infosuchenden die Auswahl aus langen Linklisten, die zu verschiedenen Websites führen.

Microsoft hat in seiner Suchmaschine Bing inzwischen einen Chatbot eingebaut. Die Verknüpfung ist interessant. Unter anderem gibt das Programm seine Informationsquellen an. Zudem bietet es auf Wunsch auch „ungewöhnliche“ oder „nonkonformistische“ Antworten an. Solche Angaben auszuwerten erfordert aber offensichtlich mehr Urteilsvermögen, als einfach Durchschnittsergebnisse zu akzeptieren. Folglich ist zu erwarten, dass Chatbots letztlich gewohnte Denkgewohnheiten (vielleicht mit leicht kalifornischem Einschlag) verstärken werden.

Zugleich wird es wichtiger, Fakten zu prüfen. Chatbots haben kein Verständnis von Wahrheit oder Realität. Sie werten Datensätze aus, inklusive der vielen Fehlinformationen, die diese enthalten. Dazu gehört auch im Internet verbreitete Lügenpropaganda.

Foto: picture-alliance/dpa/Lena Lachnit

Die neue Technik wird weitreichende Folgen haben. An Schulen und Hochschulen werden Lehrkräfte oft nicht wissen, ob Aufgaben maschinell oder persönlich gelöst wurden. Zudem gehört die kompetente Nutzung von KI eigentlich jetzt schon auf die Lehrpläne.

Auch der Journalismus steht vor Herausforderungen. Manche kluge Beitragende werden mit KI-Unterstützung schneller arbeiten, indem sie beispielsweise einen Chatbot den ersten Entwurf formulieren lassen und den dann selbst optimieren. Weniger kompetente Schreiberlinge werden die Maschine die ganze Arbeit machen lassen. Redaktionen müssen jedenfalls noch mehr darauf achten, ob sich Faktenfehler eingeschlichen haben.

GEFANGEN IN UNSEREN SILOS

Besonders beunruhigend ist aber, dass Journalismus noch mehr als bisher gewohnte Narrative bedienen dürfte. Dieser Trend dürfte sich verstärken, weil KI nun mal nicht innovativ denkt, sondern nur Daten verwertet.

In den vergangenen Jahren wurde der Wunsch, über die gewohnten Silos hinauszudenken, immer häufiger formuliert. Die Menschheit braucht nämlich innovative Lösungen für gewaltige und komplex miteinander verwobene Probleme. In der Praxis stecken wir trotz der hehren Wünsche meist in gewohnten Gedankenbahnen fest. Wir sehnen uns zwar nach umfassenden Lösungen, sind aber von unserem bisherigen Wissen geprägt, das fest verwurzelte Narrative auch ständig bekräftigt.

Diese Erzählweisen sind oft nicht hilfreich. Rechtspopulismus wird beispielsweise gern damit erklärt, abgehängte Menschen aus unteren Schichten rebellierten gegen globale Eliten. Aber warum gehört dann Fox News, der Fernsehkanal, der sich in den USA auf solche Botschaften besonders spezialisiert hat, einem multinationalen Konzern, den der australische Milliardär Rupert Murdoch kontrolliert? Derselbe Konzern unterstützte über seine britischen Töchter auch die Brexit-Kampagne. Das taten andere Medienhäuser, die ihrerseits im Ausland lebenden Oligarchen gehören, ebenfalls.

Das gewohnte Narrativ erklärt uns nicht, warum Superreiche mit internationalem Lebensstil engstirnigen Nationalismus propagieren. Der Grund ist, dass ihnen klar ist, dass nur internationale Zusammenarbeit ihren Reichtum und damit ihre Macht beschränken kann. Dabei geht es um Themen wie Steuern, Umweltschutz und soziale Sicherung. Um internationale Kooperation zu verhindern, heizen die Profiteure von Steueroasen Nationalismus an und hetzen gegen „globale Eliten". Der Begriff Oligarchen-Populismus beschreibt diese Haltung gut, ist aber schwer vermittelbar, weil er nicht der eingespielten Erzählweise entspricht.

Je wichtiger KI im öffentlichen Leben wird, desto besser muss auch unsere Urteilskraft werden. In wissensbezogener Arbeit wird es immer mehr darum gehen, die richtigen Fragen zu stellen. Dafür sind eine gute Bildung und oft auch Expertenwissen nötig.

Auswirkungen wird KI auf vielen Ebenen haben. Früher oder später werden Verwaltungen Standardverfahren damit erledigen. Oft werden die Ergebnisse okay sein, aber es wird auch Patzer geben. Gesichtserkennungssysteme erkennen bekanntlich schwarze Menschen nur schlecht, was daran liegt, dass die Datensätze, auf denen sie – ob in Kalifornien oder China – beruhen, nicht viele schwarze Vorbilder enthalten. Vielleicht wird das im Lauf der Zeit korrigiert, aber die Technik wird menschliches Fehlverhalten, wenn es genügend verbreitet ist, systematisch replizieren. Durchschnittliche Entscheidungen sind nun mal mittelmäßig – und manchmal falsch.

Vermutlich werden die Programme schnell besser werden, weil sie auf rasant wachsende Datensätze zurückgreifen. Insbesondere liefert die massenhafte Internetnutzung von Chatbots relevante neue Daten. Sie können Chatbots Fachleuten ähnlicher machen, weil Letztere zu ihren jeweiligen Themen auch am meisten Input liefern. Tendenziell werden die Programme also durchschnittliches Expertenwissen liefern. Jedenfalls scheint die aktuellste ChatGPT-Version Prüfungsaufgaben mit größerem Erfolg zu lösen als die davor.

Chatbots machen es aber auch leichter, Desinformation und Lügenpropaganda zu produzieren. Zu befürchten ist, dass einige das skrupellos nutzen werden und sehr viele Menschen es nicht merken.

Überdurchschnittliche Ergebnisse wird KI nur besonders gut informierten Menschen liefern. Ansonsten wird sie eingespielte Vorurteile und Paradigmen bedienen. Bei der Transformation zur globalen Nachhaltigkeit muss die Menschheit KI so intelligent wie möglich verwenden. Es wäre falsch, einfach der Technik zu trauen.

Protest gegen Oligarchen-Populismus in New York: Chatbots können die Produktion von Propagandatexten beschleunigen.

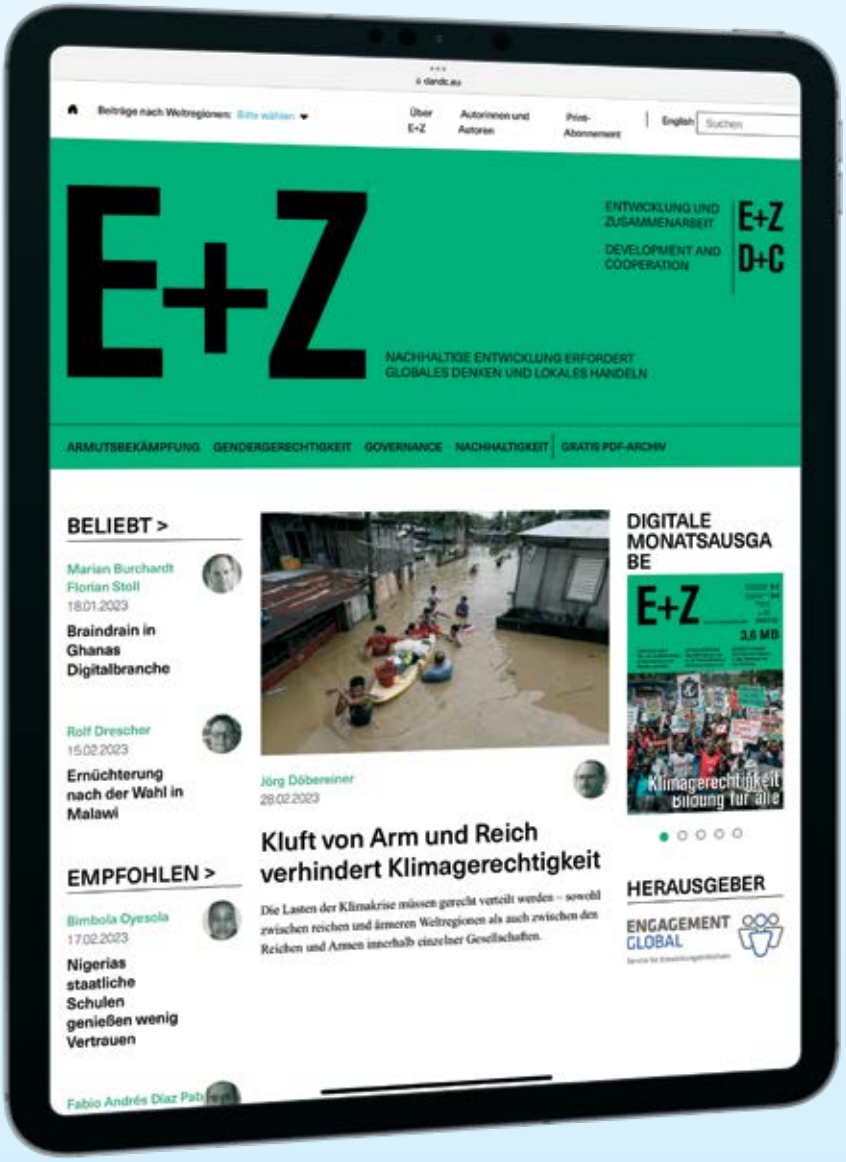
Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Gina M Randazzo

LINK

Chomsky, N., Roberts, I., und Watumull, J., 2023: The false promise of ChatGPT.
https://www.nytimes.com/2023/03/08/opinion/noam-chomsky-chatgpt-ai.html

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert.

www.dandc.eu